

# Stenographisches Protokoll.

## 39. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

### IV. Gesetzgebungsperiode.

Dienstag, 30. Juni 1931.

#### Inhalt.

**Personalien:** Abwesenheitsanzeigen (1026) — Mandatsniederlegung Ernst Hirsch (1026) — Angelobung Johann Blüchl (1026).

**Regierungsvorlagen:** 1. Beiträge der Bundesstraßenverwaltung zu nichtärrarischen Straßen- und Brückenbauten im Jahre 1931 (B. 152) (1026) — Finanz- und Budgetausschuß (1029);

2. Österreichisch-britisches Rechtshilfeabkommen (B. 158) (1026) — Justizauschuß (1029);

3. Handelspolitisches Ermächtigungsgesetz (B. 159) (1026) — Auschuß für Handel (1029);

4. Verlängerung der Geltung des Handelsvertrages zwischen Österreich und Jugoslawien (B. 160) (1026) — Auschuß für Handel (1029);

5. Verlängerung der Geltung des Handelsabkommens zwischen Österreich und Ungarn (B. 161) (1026) — Auschuß für Handel (1029);

6. Beitragsleistung zu den Kosten der Erhaltung von Wasserbauten auf ungarischem Gebiet (B. 162) (1026) — Auschuß für Land- und Forstwirtschaft (1029);

7. Verteilung zoll- oder einfuhrbegünstigter Kontingente (B. 163) (1026) — Auschuß für Handel (1029).

**Verhandlungen:** 1. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 118), betr. die Veräußerung eines Teiles der Liegenschaft E. 3. 708/II, Grundbuch Innsbruck (B. 153) — Berichterstatter Dr. Schuschnigg (1026 u. 1027), Werner (1026) — Annahme des Gesetzes in 2. und 3. Lesung (1028);

2. Bericht des Ausschusses für Erziehung und Unterricht über die Regierungsvorlage (B. 148), betr. die obligatorische Einführung des schulärztlichen Dienstes in Tirol (B. 155) — Berichterstatter Dr. Kolb (1028) — Annahme des Gesetzes in 2. und 3. Lesung (1028);

3. Bericht des Ausschusses für Erziehung und Unterricht über die Regierungsvorlage (B. 151), betr. die Entlohnung des Religionsunterrichtes an öffentlichen Volksschulen in Kärnten (B. 156) — Berichterstatter Paulitsch (1028) — Annahme des Gesetzes in 2. und 3. Lesung (1028);

4. Bericht des Unvereinbarkeitsausschusses, betr. die Beibehaltung der Präsidentenstelle bei der Ravag-A. G. durch den Bundesminister für Handel und Verkehr Abg. Eduard Heisl (B. 157) — Berichterstatter Wollek (1028) — Annahme des Auschußantrages (1028);

5. mündliche Berichte: a) des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 136), betr. die Übergangsabgabe für Weizen, Roggen, Weizenmehl und Roggenmehl,

b) des Ausschusses für Handel über die Regierungsvorlage (B. 160), betr. die Verlängerung der Geltung des Handelsvertrages zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Jugoslawien, und

die Regierungsvorlage (B. 161), betr. die Verlängerung der Geltung des Handelsabkommens zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Ungarn — Berichterstatter Födermayr zu B. 136 (1029), Berichterstatter Raab zu B. 160 (1031), Berichterstatter Gärtler zu B. 161 (1031), Abram (1031), Freundlich (1035), Müller (1039) — Annahme des Gesetzes ad B. 136 in 2. und 3. Lesung (1043) — Annahme der Auschußanträge ad B. 160 und 161 (1043).

**Tagesordnung:** Ergänzung der Tagesordnung und dringliche Behandlung von einzelnen Gegenständen (1026 u. 1029).

**Auschuße:** Vorlage eines Berichtes des Obmannes des Unvereinbarkeitsausschusses über die Beschlüsse dieses Ausschusses an den Präsidenten (1026).

Zuweisung der Anträge Nr. 157 und 158 an den Auschuß für Verkehrsweisen (1029).

Wahl Pazel als Ersatzmann des Finanz- und Budgetausschusses an Stelle Scheibin (1043).

**Unterbrechung der Sitzung (1029).**

Eingebracht wurden:

**Anträge:** 1. Raab, Geier, Mayrhofer, Heitzinger, betr. die Beseitigung der Dürreschäden in den Gerichtsbezirken St. Pölten, Kirchberg an der Pielach und Herzogenburg (164/A);

2. Witternigg, Moßhammer, in Notstandsangelegenheiten (165/A);

3. Hajenauer, Dr. Kamek, Knoop, betr. die Wetterkatastrophe in Kaprun (166/A).

**Anfrage:** Dr. Straßner, Prodingner, Unterrichtsminister, betr. die Festsetzung des Beginnes der Hauptferien an den Schulen (23/I).

Verteilt wurden:

Regierungsvorlagen B. 151, 152, 158, 159, 160 und 161.

Berichte: des Finanz- und Budgetausschusses B. 153, des Ausschusses für Erziehung und Unterricht B. 154, 155 und 156, des Unvereinbarkeitsausschusses B. 157.

**Tagesordnung:** Veräußerung eines Teiles der Liegenschaft E. 3. 708/II, Grundbuch Innsbruck (B. 153).

Obligatorische Einführung des schulärztlichen Dienstes in Tirol (B. 155).

Entlohnung des Religionsunterrichtes an öffentlichen Volksschulen in Kärnten (B. 156).



Präsident Dr. **Renner** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 15 Min. nachm. und erklärt das Protokoll über die Sitzung vom 23. Juni als genehmigt.

Entschuldigt sind Hermann und Markschläger.

Der Abgeordnete des Wahlkreises Nr. 16, Mühlviertel, Ernst Hirsch, hat sein Mandat zurückgelegt.

Der Ersatzmann für Ernst Hirsch, Johann Blöchl, leistet die Angelobung.

Der Herr Obmann des Unvereinbarkeitsausschusses hat an den Präsidenten des Nationalrates einen Bericht über die Beschlüsse dieses Ausschusses gerichtet. Dieser Bericht wird, wie es bisher der Fall war, vervielfältigt und jedem Mitglied des hohen Hauses übermittelt werden.

Eingelangt sind Regierungsvorlagen, betr.: Beiträge der Bundesstraßenverwaltung zu nichtärrarischen Straßen- und Brückenbauten im Jahre 1931 (B. 152); Österreichisch-britisches Rechtshilfeabkommen (B. 158); Regelung der Handels- und Verkehrsbeziehungen mit auswärtigen Staaten (Handelspolitisches Ermächtigungsgesetz) (B. 159); Notenwechsel vom 27. Juni 1931, betr. die Verlängerung der Geltung des Handelsvertrages zwischen der Republik Österreich und dem Königreiche Jugoslawien vom 3. September 1925 samt Notenwechsel und Zusatzabkommen (ausgenommen einzelne Zollbestimmungen) (B. 160); Notenwechsel vom 27. Juni 1931, betr. die Verlängerung der Geltung des Handelsübereinkommens zwischen der Republik Österreich und dem Königreiche Ungarn vom 8. Februar 1922 samt den Abkommen, die mit ihm ein einheitliches Ganzes bilden (ausgenommen einzelne Zollbestimmungen) (B. 161); Beitragsleistung zu den Kosten der Erhaltung von Wasserbauten auf ungarischem Gebiete (B. 162); Verteilung zoll- oder einfuhrbegünstigter Kontingente (B. 163).

Über Vorschlag des Präsidenten gemäß §§ 33 und 38 der Geschäftsordnung wird beschlossen, den Bericht des Unvereinbarkeitsausschusses, betr. die Bewilligung der Beibehaltung der Präsidentenstelle bei der Kavag-M. G. durch den Bundesminister für Handel und Verkehr Abg. Eduard Heisl (B. 157), auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu setzen und unter Verzicht auf die 24stündige Auf- liegefrist in Verhandlung zu nehmen.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen. Der erste Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 118): Bundesgesetz, betr. die Veräußerung eines Teiles der Liegenschaft E. Z. 708/II, Grundbuch Innsbruck (B. 153).

Berichterstatte Dr. **Schuschnigg**: Hohes Haus! Das Forstärar besitzt in Innsbruck an der sogenannten Prügellandlände aus den Zeiten vor dem Kriege her einen Platz, den es als Holzlagerungsplatz in Ver-

wendung hatte. Heute ist dieser Platz als Holzlagerungsplatz nicht mehr geeignet; es besteht in dieser Lage kein Bedürfnis nach einem solchen; das Forstärar suchte sich demnach einen tauglicheren Grund, womöglich durch Erreichung eines Grundtausches. Diese Transaktion wird dadurch ermöglicht, daß die Herren Walli & Baumeister Griffemann in Innsbruck einen Grund, welchen sie in Wiltten besitzen, tauschweise dem Forstärar zur Verfügung stellen und sich außerdem bereit erklären, den Mehrbetrag, den sie infolge der Verschiedenheit der Werte der Tauschgrundstücke zu bezahlen haben, dadurch zu entrichten, daß sie dem Forstärar vier Forstärhäuser im Bereiche der Direktion Innsbruck auf eigene Kosten erbauen. Die Gründe wurden vorsichtig geschätzt, und die Schätzungsziffern liegen dem hohen Hause vor. Da ein Anstand nicht obwaltet und dieser Tausch zweifellos im Vorteil des Forstärars gelegen erscheint, beantrage ich, den vorliegenden Gesetzesentwurf unverändert anzunehmen.

**Werner**: Frauen und Männer! Gegen den vorliegenden Kaufvertrag über ein Grundstück in Innsbruck zwischen der Forstverwaltung und den Herren Walli & Griffemann ist nichts einzuwenden, denn dieser Tausch ist aus wirtschaftlichen Gründen nur gutzuheißen. Wohl aber ist manches gegen die Vorgeschichte dieses Tauschgeschäftes einzuwenden, die etwas unklar zu sein scheint. Denn soweit ich unterrichtet bin, wäre, wie auch schon in der Presse gemeldet wurde, dieses Grundstück ganz kurze Zeit vor dem Tauschvertrag für das Forstärar um 5 S pro Quadratmeter zu haben gewesen statt um 16 S 67 g. Das ist eine ganz wesentliche Preisdifferenz, die in der Gesamtsumme beinahe 80.000 S ausmacht.

Ich stelle daher den Antrag (liest):

„Da, betreffend die Veräußerung eines Teiles der Liegenschaft E. Z. 708/II, Grundbuch Innsbruck, Gerüchte über eine mangelhafte Geschäftsbearbeitung seitens der zuständigen Behörden in der Bevölkerung im Umlaufe sind, möge der Nationalrat diese Transaktion strengstens untersuchen lassen und, im Falle sich eine Schuld der Funktionäre erweisen sollte, dieselben zur persönlichen Haftung für den durch sie dem Bund verursachten Schaden heranziehen.“

Begründet ist dies in einem Artikel, der unlängst, und zwar am 16. Mai, in den „Innsbrucker Nachrichten“ erschienen ist, wobei gesagt wird, daß der Bruder-Willram-Bund dieses Grundstück kaufen wollte, um es mit dem Forstärar zu tauschen, und zwar hätte der Bruder-Willram-Bund diesen Platz für 5 S pro Quadratmeter zu kaufen bekommen. Zu diesem Zweck war der damalige Besitzer, Herr Kommerzialrat Julius Kinz, und Herr Propst Dr. Weingartner bei Herrn Landesrat Busch in



Innsbruck. Landesrat Busch hat dieser Abordnung erklärt, das Forstärar habe keinerlei Interesse an einem solchen Grundkauf. Ganz kurze Zeit nachher traten die Herren Walli & Grissmann an Kommerzialrat Kinz wegen des Grunderwerbes heran und kauften den Grund um 6 S pro Quadratmeter. Nun hat auf einmal das Forstärar das größte Interesse gezeigt, den Grund zu erwerben, aber nicht mehr um 5 S, sondern um 16 S 70 g pro Quadratmeter. Bemerkenswert ist, daß der frühere Besitzer, Kommerzialrat Kinz, als er von diesem Geschäft erfahren hat, sich an den damaligen Finanzminister Professor Mittelberger aus Bregenz gewendet und ihn auf dieses Tauschgeschäft mit folgendem Schreiben aufmerksam gemacht hat (*liest*):

„Mit Gegenwärtigem erlaube ich mir, Ihnen eine Angelegenheit zur Kenntnis zu bringen, von welchem ich sicher annehme, daß sie Ihr Interesse wachrufen wird.

Der Bruder-Willram-Bund hat sein provisorisches Jugendheim auf einem dem Forstärar gehörenden Grunde, dem sogenannten Prügelbau, errichtet und hatte das größte Interesse, diesen Grund käuflich zu erwerben, um darauf permanente Bauten zu obgenanntem Zwecke errichten zu können.

Nachdem die Forstverwaltung, die Besitzerin dieses Grundes, im Tauschwege einen anderen Grund suchte, der mit Industriegeleise versehen ist, trat der Herr Propst Weingartner und der Herr Prälat Professor Anton Müller (Bruder Willram) letztes Jahr an mich heran, nachdem sie wußten, daß ich ein solches Grundstück neben meiner Fabriksanlage besitze, ihnen dasselbe zu überlassen, damit sie mit dem Forstärar den Tausch vornehmen können. Ich war mit dem Ansinnen einverstanden und habe ihnen erklärt, daß ich ihnen mein Grundstück für diesen edlen, der Volkswohlfahrt dienenden Zweck für 5 S pro Quadratmeter abtrete. Ich habe auch mit Herrn Propst Weingartner persönlich bei Herrn Landesfinanzreferenten Dr. Busch diesbezüglich vorgesprochen, wobei dieser erklärte, daß das Forstärar (Direktor Preindl) mitgeteilt habe, für diesen Tauschgrund kein Interesse zu haben. Nach dieser ganz bestimmten Erklärung habe ich fraglichen Grund bald darauf an die Herren Grissmann & Walli um 6 S pro Quadratmeter verkauft. Heute erfuhr ich von Herrn Hofrat Altenburger bei der Forstverwaltung in Innsbruck, daß dieselbe Forstverwaltung diesen Grund nun doch gekauft hat, jedoch zu einem viel höheren Kaufpreis, als von mir angeboten. Diese Machination ist mir wie den anderen Herren unverständlich, und nachdem der Akt noch beim Finanzministerium Wien zur Genehmigung liegen soll, bitte ich sie auch im Namen der übrigen Herren, sich den Akt vorlegen zu lassen, da die Angaben, beziehungsweise Ziffern in demselben falsch sind, und stehe ich selbstverständlich zu jeder gewünschten

Auskunft gerne zur Verfügung. Ich werde auch zu verhindern suchen, diesen Fall vorher in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen, bevor ich Ihren Standpunkt kenne und zeichne . . .“

Nun kommt aber das Merkwürdige, daß der Finanzminister Professor Mittelberger weder auf diesen Brief noch auf zwei nachfolgende Briefe Antwort gegeben hat, und es ist speziell bemerkenswert, daß in den Kaufangeboten der nachfolgenden Grundbesitzer dieselben in einem Satz sagen: Die Erklärung für den außergewöhnlich niedrigen Kaufpreis, um den sie den Grund gekauft haben, ist darin gelegen, daß die verkaufende Firma liquidiert, vermutlich sich in Geldschwierigkeiten befindet und der Käufer die sofortige Auszahlung des Barkaufschillings anbieten konnte. Nun ist aber in ganz Tirol bekannt, daß der Herr Kommerzialrat Kinz sich nicht in Geldschwierigkeiten befindet und daß dieser Preis, der ihm bezahlt wurde, den Verhältnissen angemessen war. Nun handelt es sich nur um folgendes: Warum wurde das Zwischenkaufgeschäft gemacht, und welche Bundesbehörden haben sich eingelassen, einem solchen Geschäft zuzustimmen, oder haben dasselbe sogar gefördert? Da dieser Fall in der breiten Öffentlichkeit begreiflicherweise Unmut erregt hat, ist es auch Pflicht des Nationalrates, diese Sache gründlich zu untersuchen; denn in einem Zeitpunkte, wo sich in Österreich fast täglich ein Unternehmer infolge des Steuerdruckes das Leben nimmt, ist es doppelt wichtig, daß man irgendeinem Korruptionsfall — und es hat ganz den Anschein, daß ein solcher hier vorliegt — gründlich nachgeht, denn es geht nicht an, daß man in einer so schweren wirtschaftlichen Zeit auch noch mit Staatsgeldern sich irgendwie bereichert. Ich bitte daher das hohe Haus, dem Antrage zuzustimmen, daß die Sache untersucht werde. (*Lebhafter Beifall auf der äußersten Rechten.*)

Der genügend unterfertigte Antrag Werner (S. 1026) wird zur Verhandlung gestellt.

Berichterstatte Dr. **Schuschnigg**: Hohes Haus! In der vorliegenden Grundtauschsache ist zunächst festzuhalten, daß das Forstärar von dem früheren Besitzer des Tauschgrundes, Kommerzialrat Kinz, niemals ein Angebot erhalten hat. Es ist daher auch nicht möglich, daß das Forstärar hievon Kenntnis hatte, daß dieser Grund seinerzeit um 5 S zu haben gewesen wäre. Das Forstärar hat sich für diesen Grund vielmehr, wie aus dem Akt hervorgeht, erst zu einem Zeitpunkt interessiert, als der Grund bereits im Besitze der heutigen Interessenten, der Tauschwerber Grissmann & Walli, gewesen ist. Die Schätzungen der beiden Gründe sind natürlich nicht durch das Forstärar erfolgt, sondern seitens des Ministeriums für Handel und Verkehr; es ist somit keinerlei Anlaß vorhanden, daran zu zweifeln,



daß die Preise, die pro Quadratmeter Grundstück eingesetzt sind, tatsächlich den richtigen Verhältnissen entsprechen, und es liegen auch keine Anhaltspunkte dafür vor, nach der Meinung des Herrn Vorredners zu vermuten, daß es bei diesem Tauschgeschäfte etwa nicht vollkommen in Ordnung zugegangen wäre. Ich beantrage daher, das vorliegende Bundesgesetz ohne Änderung anzunehmen.

Damit ist die Aussprache beendet.

Das Gesetz wird in der unveränderten Fassung der Regierungsvorlage in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der Resolutionsantrag Werner (S. 1026) wird abgelehnt.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses für Erziehung und Unterricht über die Regierungsvorlage (B. 148): Bundesgesetz, wirksam für das Land Tirol, betr. die obligatorische Einführung des schulärztlichen Dienstes (B. 155).

Berichterstatter **Dr. Kolb**: Hohes Haus! Der Tiroler Landtag hat am 17. März d. J. einen Gesetzesbeschluß über die obligatorische Einführung des schulärztlichen Dienstes gefaßt. Mit diesem Gesetzesbeschluß soll der schulärztliche Dienst sowohl an allen öffentlichen wie auch privaten Volks- und Hauptschulen sowie auch an den gewerblichen Fortbildungsschulen und landwirtschaftlichen Schulen obligat gemacht werden. Der Zweck dieser Einführung ist sowohl die Beratung der Eltern, wie auch die Untersuchung der Kinder in bezug auf ihren Gesundheitszustand und die Beaufsichtigung der Schulgebäude und Schulklokale in bezug auf Schulhygiene. Die Gesetzesvorlage wurde von der Bundesregierung als vollständig zweckmäßig erachtet und mit dem gleichen Wortlaut und unverändert als Vorlage der Bundesregierung im Hause eingebracht. Sie regelt weiters die Bestellung der Ärzte in den einzelnen Sprengeln. Zur Ausübung des schulärztlichen Dienstes können die Sprengelärzte selbst berufen, es können aber auch die frei praktizierenden Ärzte des betreffenden Sprengels dazu bestimmt werden. Bei Privatschulen sind die Schulerhalter zur Bestellung dieser Ärzte berufen. Dieser Gesetzesbeschluß enthält auch Bestimmungen über die Festsetzung des Honorars, die Mithilfe der Lehrkräfte an der Durchführung des Gesetzes, über die Kostenaufbringung und die unmittelbare Überwachung des Dienstes.

Der Ausschuß für Erziehung und Unterricht hat den vorliegenden Gesetzentwurf in seiner Sitzung vom 24. Juni beraten und unverändert angenommen. Er beantragt, der Nationalrat wolle dem Entwurf eines Bundesgesetzes, wirksam für das Land Tirol, betr. die obligatorische Einführung des schulärztlichen Dienstes (B. 148), die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Das Gesetz wird in der unveränderten Fassung der Regierungsvorlage in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses für Erziehung und Unterricht über die Regierungsvorlage (B. 151): Bundesgesetz, wirksam für das Land Kärnten, betr. die Entlohnung des Religionsunterrichtes an öffentlichen Volksschulen in Kärnten (B. 156).

Berichterstatter **Paulitsch**: Hohes Haus! Der Haushalt Kärntens ist so wie die Haushalte anderer Länder und Gemeinden in einer schwierigen Situation. Es muß daher Vorkehrung getroffen werden, dem Abgang rechtzeitig zu begegnen. Infolgedessen hat der Kärntner Landtag einstimmig beschlossen, an die Organisation der Religionslehrer mit dem Ersuchen heranzutreten, auf einen Teil ihrer Remunerationen für die Erteilung des Religionsunterrichtes zu verzichten. Die Organisation der Religionslehrer hat nun freiwillig auf ein Drittel der Remunerationen Verzicht geleistet, wodurch dem Lande Kärnten eine Ersparung von beiläufig 40.000 S zugekommen ist. Der Kärntner Landtag hat dies zur Kenntnis genommen und in der Sitzung vom 28. März einstimmig beschlossen, rückwirkend ab 1. Jänner 1931 die Remunerationen um ein Drittel herabzusetzen, wenn der Nationalrat dem Gesetzentwurf seine Zustimmung erteilt.

Der Ausschuß für Unterricht ist dem Gesetzentwurf des Kärntner Landtages beigetreten und ich stelle im Namen des Ausschusses den Antrag (*liest*):

„Der Nationalrat wolle dem Entwurf eines Bundesgesetzes, wirksam für das Land Kärnten, betr. die Entlohnung des Religionsunterrichtes an öffentlichen Volksschulen in Kärnten (B. 151), die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.“

Das Gesetz wird in der unveränderten Fassung der Regierungsvorlage in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Unvereinbarkeitsausschusses, betr. die Bewilligung der Beibehaltung der Präsidentenstelle bei der Kavag.-A. G. durch den Bundesminister für Handel und Verkehr Abg. Eduard Heisl (B. 157).

Berichterstatter **Wolke**: Hohes Haus! Namens des Unvereinbarkeitsausschusses stelle ich den Antrag (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Bundesminister für Handel und Verkehr Abg. Eduard Heisl wird die Bewilligung zur Beibehaltung der Präsidentenstelle bei der Kavag.-A. G. erteilt.“

Die Begründung ist im Berichte ausführlich enthalten. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß der Herr Bundesminister Heisl an den Unvereinbarkeits-



ausschuf ein Schreiben gerichtet hat des Inhaltes, daß er während seiner Ministerschaft auf die Bezüge seitens der Kavag verzichtet hat. Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Die Verhandlungen werden abgebrochen.

Zugewiesen werden die Regierungsvorlagen B. 152 dem Finanz- und Budgetausschuß, B. 158 dem Justizauschuß, B. 159, 160, 161 und 163 dem Ausschuf für Handel, B. 162 dem Ausschuf für Land- und Forstwirtschaft, die Anträge Nr. 157 und 158 dem Ausschuffe für Verkehrswesen.

Um dem Ausschuf für Handel Gelegenheit zu geben, sofort in die Vorberatung der drei ihm soeben zugewiesenen Gesegentwürfe B. 159, 160 und 161 einzutreten, wird im Einvernehmen mit den Parteien die Sitzung bis 5 Uhr nachmittags unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von 3 Uhr 45 Min. bis 5 Uhr 5 Min. nachm.)

Präsident Dr. **Renner** nimmt die Sitzung um 5 Uhr 5 Min. nachm. wieder auf.

Auf Vorschlag des Präsidenten gemäß §§ 33 und 38 der Geschäftsordnung wird beschlossen,

den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 136): Bundesgesetz, betr. die Übergangsabgabe für Weizen, Roggen, Weizenmehl und Roggenmehl, ferner

die Berichte des Ausschusses für Handel über die Regierungsvorlage (B. 160): Notenwechsel, betr. die Verlängerung der Geltung des Handelsvertrages zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Jugoslawien, und

über die Regierungsvorlage (B. 161): Notenwechsel, betr. die Verlängerung der Geltung des Handelsübereinkommens zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Ungarn,

auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu stellen und mit Verzicht auf die Drucklegung der Ausschufberichte auf Grund mündlicher Bericht-erstattung in Verhandlung zu nehmen.

Weiters wird auf Vorschlag des Präsidenten beschlossen, diese drei Berichte unter Einem in Verhandlung zu nehmen.

Es wird in die Verhandlung dieser drei Berichte eingegangen.

Berichterstatter **Göbdermahr**: Hohes Haus! In Erwartung der im Zollausschuß in Verhandlung stehenden Novelle zum Zollgesetz ist eine Bevorrätigung an Getreide und Mehl eingetreten, um offenbar einer Preissteigerung durch die Zollerhöhung zuvorzukommen. Diese Bevorrätigung führt einerseits zu einem ungerechtfertigten Zwischengewinn, anderseits stellt sie aber die Auswirkung der Zollerhöhung für den Produzenten, also für den Landwirt, sehr in Frage, zum mindesten wird die Auswirkung der

Zollerhöhung für den Landwirt verzögert, ohne daß dem letzten Verbraucher dadurch auch nur ein kleiner Vorteil zugute käme. Zur Vermeidung dieser unerwünschten Folgen muß daher an eine Erfassung der vorhandenen Vorräte mit einer Übergangsabgabe geschritten werden. Die Notwendigkeit und Berechtigung der Bestimmungen dieser Vorlage wird durch die Erfahrung der letzten Jahre bestätigt. Als im vorigen Jahre die Verhandlungen über Änderungen der Handelsverträge mit Ungarn und Jugoslawien geführt wurden, wurde in den Monaten Mai, Juni und Juli die doppelte Menge an Weizen, Roggen, Weizenmehl und Roggenmehl als in dem gleichen Zeitraum des Jahres 1929 eingeführt.

Was nun die Bestimmungen der Vorlage anbelangt, so ist im § 1, Absatz 1, die Übergangsabgabe mit 2 S 50 g für Roggen und Weizen und mit 6 S für Weizengrieß, Weizenmehl und Roggenmehl pro 100 Kilogramm Reingewicht vorgesehen. Die Übergangsabgabe für Mehl entspricht dem Verhältnis des beabsichtigten Zollsatzes für Getreide, beziehungsweise Mehl. Der Absatz 2 des § 1 enthält die Bestimmungen über die Befreiung von der Abgabe. Befreit sind in erster Linie die Erzeuger, das sind die Landwirte und alle, die sich mit der Produktion von Getreide beschäftigen, und jene Mengen, die beim Erzeuger heute noch lagern, weiters die Vorräte in Privathaushaltungen und Privatwirtschaften, soweit sie dem eigenen Gebrauche zugeführt werden, weiters die Vorräte an Weizengrieß, Weizenmehl und Roggenmehl, die sich in gemeinnützigen Anstalten, also Krankenhäusern, Versorgungshäusern und Erziehungsanstalten, befinden und glaubhafterweise nur zur Verwendung für die in diesen Anstalten verpflegten Personen bestimmt sind.

Im Absatz 3 des § 1 sind Bestimmungen enthalten für jene Vorräte, die keine Befreiung erfahren, und es ist da ausdrücklich festgelegt, daß die Vorräte in gewerblichen und genossenschaftlichen oder Handelsunternehmungen gleichmäßig behandelt werden; sie werden gleichmäßig der Nachbesteuerung unterworfen. Es wäre gewiß wünschenswert gewesen, wenn die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die ja die Aufgabe haben, das Getreide vom Landwirt in Vorrat zu nehmen und ihm einen Vorschuf auszahlen, frei geblieben wären. Die Verhältnisse gestatten dies aber nicht, da sonst zum Teil eine einseitige Begünstigung eingetreten und Weiterungen bezüglich anderer Organisationen unvermeidlich gewesen wären, die zusammengekommen den Zweck der Übergangsabgabe wieder sehr in Frage gestellt hätten.

§ 2 bestimmt, daß die Vorräte nach dem Bestande vom 1. Juli bis zum 1. Juli dieses Jahres beim zuständigen Steueraufsichtsamt anzumelden sind. Bezüglich dieser Bestimmung wird es not-



wendig sein, daß, wenn das Parlament heute dieser Vorlage zustimmt, diese Verlautbarung sofort erfolgt, damit die Anmeldungen termingerecht erfolgen können. Der Absatz 3 des § 2 enthält die Strafbestimmungen für die Nichtanmeldung oder unvollständige Anmeldung.

§ 3 regelt die Abstattung der Abgabe, § 4 sieht die Anrechnung der Abgabe auch auf bestellte oder sogenannte laufende Waren vor. § 5 enthält die Bestimmungen für die amtliche Aufsicht und für die Durchführung.

Im Absatz 1 des § 5 beantrage ich namens des Ausschusses die Streichung der Worte „hinichtlich der Übergangsabgabe“ sowie der Worte „unter amtliche Aufsicht gestellt und daher während dieser Zeit“.

§ 6 regelt schließlich die Verzugszinsen für die rückständigen Abgaben.

Die Vorlage würde somit nach den Beschlüssen des Ausschusses folgende Fassung erhalten (liest):

„Bundesgesetz

vom 30. Juni 1931,

betr. eine Übergangsabgabe für Weizen, Roggen, Weizengrieß, Weizenmehl und Roggenmehl.

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. (1) Alle am 1. Juli 1931 im Zollinland vorhandenen Vorräte an Weizen, Roggen, Weizengrieß, Weizenmehl und Roggenmehl, soweit sie nicht von dem erhöhten Zoll getroffen werden oder die Befreiung im Sinne des Absatzes 2 genießen, unterliegen einer einmaligen Übergangsabgabe, welche für Weizen und Roggen 2 S 50 g, für Weizengrieß, Weizenmehl und Roggenmehl 6 S für 100 Kilogramm Reingewicht beträgt.

(2) Von der Entrichtung der Übergangsabgabe sind befreit:

- a) Vorräte eigener Erzeugung an Getreide oder an im Lohn ermahlenem Mehl, die beim Erzeuger des Getreides lagern;
- b) Vorräte in Privathaushaltungen und in Privatwirtschaften, soweit sie dem eigenen Verbräuche dienen;
- c) Vorräte an Weizengrieß, Weizenmehl und Roggenmehl, die sich in gemeinnützigen Anstalten (Krankenhäusern, Versorgungshäusern, Erziehungsanstalten u. dgl.) befinden und glaubhafterweise nur zur Verwendung für die in den Anstalten verpflegten Personen bestimmt sind.

(3) Unter diese Ausnahmen (Absatz 2) fallen daher nicht Vorräte von gewerblichen, genossenschaftlichen oder Handelsunternehmungen, welche Getreide oder Mehl sowie Grieß lagern, verarbeiten oder vertreiben.

§ 2. (1) Wer am 1. Juli 1931 einen der Übergangsabgabe unterliegenden Vorrat besitzt, für

Rechnung eines anderen verwahrt oder durch einen anderen verwahren läßt (Lagerhäuser, Schifffahrtsunternehmungen, Großhändler, Kleinverschleißer, Mehlerzeugende und mehlerarbeitende Unternehmungen, Sanatorien, Hotels, Gastwirte und sonstige Besitzer und Verwahrer), ist verpflichtet, den Vorrat nach dem Stand von diesem Tage, spätestens am 3. Juli 1931, bei dem für den Aufbewahrungsort zuständigen Steueraufsichtsamt in zweifacher Ausfertigung nach näherer Bestimmung der Durchführungsverordnung schriftlich anzumelden. Die Anmeldung hat zu enthalten: Name und Adresse des Anmeldenden, gegebenenfalls auch desjenigen, für dessen Rechnung der Vorrat aufbewahrt wird, ferner Menge und Aufbewahrungsort des Vorrates.

(2) Hinsichtlich der nach dem 1. Juli 1931 einlangenden, der Übergangsabgabe unterliegenden Vorräte, welche zur Zahlung dieser Abgabe nicht bereits angemeldet worden waren, ist unverzüglich nach deren Eintreffen eine Nachtragsanmeldung zu erstatten.

(3) Die Unterlassung der vorgeschriebenen Anmeldung oder die Anmeldung einer um mehr als 10 vom Hundert geringeren als der vorhandenen Menge unterliegt einer nach den Bestimmungen des Strafgesetzes über Gefälligkeitsübertretungen zu verhängenden Strafe im Ausmaße des Vier- bis Achtfachen der verkürzten oder der Verkürzung ausgesetzten Übergangsabgabe. Andere Übertretungen der Bestimmungen über die Übergangsabgabe werden im Gefälligkeitsverfahren mit Ordnungsstrafen von 5 S bis 1000 S geahndet.

§ 3. Die Übergangsabgabe ist vom Besitzer des Vorrates spätestens zwei Wochen nach Bekanntgabe des Betrages im Wege der Postsparkasse zu entrichten. Beträge von mehr als 300 S bis 1000 S können in drei gleichen, Beträge von mehr als 1000 S in fünf gleichen Monatsraten, deren erste spätestens zwei Wochen nach Bekanntgabe des Betrages zu entrichten ist, beglichen werden.

§ 4. Soweit beim Inkrafttreten dieses Gesetzes Verträge über Lieferung von der Übergangsabgabe unterliegenden Waren bestanden haben, ist der Lieferer berechtigt, dem Abnehmer für die noch zu liefernde Menge die Übergangsabgabe in Rechnung zu stellen.

§ 5. (1) Vom 1. Juli 1931 an sind alle Personen, die sich mit dem Verkauf, der Verarbeitung oder der Verwahrung von Weizen, Roggen, Weizengrieß, Weizenmehl oder Roggenmehl befassen, durch 60 Tage verpflichtet, ihre Vorräte, den Bezug oder die Entrichtung der Übergangsabgabe auszuweisen.

(2) Den Finanzbeamten steht das Recht zu, in die Aufbewahrungsräume und in die Gewerbs- und Verschleißstätten, in welchen die im Absatz 1 genannten Waren aufbewahrt, abgesetzt oder verarbeitet werden, sooft erforderlich, bei Tag einzutreten, Nachforschungen zu pflegen, vorhandene Vorräte an



der Übergangsabgabe unterliegenden Erzeugnissen aufzunehmen und die Nachweisung des Bezuges oder der vorgeschriebenen Anmeldung und Entrichtung der Übergangsabgabe zu verlangen.

(3) Die im Absatz 1 bezeichneten Personen sind verpflichtet, den Finanzbeamten den Eintritt in die oberwähnten Räume zu gestatten und ihnen persönlich oder durch ihr Hilfspersonal die verlangten Hilfsdienste zu leisten. Den mit besonderem Auftrag versehenen Finanzbeamten ist außerdem auf Verlangen zur Ausübung der Kontrolle die Einsicht in die bezüglichen Geschäftsbücher zu gestatten.

§ 6. (1) Von rückständigen Abgabebeträgen sind Verzugszinsen nach den für Verbrauchssteuern geltenden Bestimmungen zu entrichten.

(2) Unberichtigte Abgabebeträge werden auf die zur Einbringung rückständiger öffentlicher Abgaben vorgeschriebene Art hereingebracht.

(3) Hinsichtlich der Verjährung der Abgabe gelten die Bestimmungen des Gesetzes vom 18. März 1878, N. G. Bl. Nr. 31.

§ 7. (1) Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1931 in Kraft.

(2) Mit der Vollziehung dieses Gesetzes ist der Bundesminister für Finanzen betraut.

Namens des Finanzausschusses stelle ich den Antrag, diesem Bundesgesetz die Zustimmung zu erteilen.

Berichterstatter **Maab**: Hohes Haus! Der Ausschuss für Handel hat in seiner heutigen Sitzung den Notenwechsel zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Jugoslawien zur Kenntnis genommen, der bezüglich des Handelsvertrages, der am 3. September 1925 abgeschlossen worden ist, eine Verlängerung bis zum 14. Juni vorsieht.

Im Titel der Vorlage sollen die in Klammer gesetzten Worte „ausgenommen einzelne Zollbestimmungen“ geändert werden; es soll richtig heißen: „ausgenommen einzelne zolltarifarisches Bestimmungen“.

Nach diesem Notenwechsel behält der Handelsvertrag seine Gültigkeit für weitere 14 Tage mit Ausnahme der Bestimmungen über Weizen, Roggen, Hafer und Mehl, für die die autonomen Zölle, für Mehl jedoch ein neuer Vertragsatz zur Anwendung kommen soll.

Der Ausschuss für Handel beantragt, diesen Notenwechsel der beiden Regierungen zur Kenntnis zu nehmen.

Berichterstatter **Gürtler**: Ich habe über den Notenwechsel, betr. die Verlängerung der Geltung des Handelsübereinkommens zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Ungarn vom 8. Februar 1922 samt den Abkommen, die mit ihm ein einheitliches Ganzes bilden, ausgenommen einzelne zolltarifarisches Bestimmungen, Bericht zu erstatten.

Die handelspolitischen Abmachungen mit Ungarn treten durch Kündigung seitens der Bundesregierung mit 30. Juni l. J. außer Kraft. Die neuen Vereinbarungen werden nach erfolgter Unterzeichnung dem Nationalrate zur Genehmigung vorgelegt werden. Durch den vorliegenden Notenwechsel werden die bisherigen Abmachungen — ausgenommen die zolltarifarisches Vereinbarungen über Weizen, Roggen, Hafer und Mehl, für die die autonomen Zölle, beziehungsweise (bei Mehl) ein neuer Vertragsatz zur Anwendung kommen sollen — kurzfristig (auf 14 Tage) verlängert.

Die Vereinbarungen treten am 1. Juli 1931 in Geltung, wenn sie in Österreich nach verfassungsmäßiger Genehmigung durch den Nationalrat ratifiziert worden sind. Hierüber wird die österreichische Bundesregierung der königlich ungarischen Regierung Mitteilung machen.

Ich bitte namens des Ausschusses für Handel um Annahme des Antrages, diesen Notenwechsel zur Kenntnis zu nehmen.

Folgender Minderheitsantrag der Abg. Freundlich, Dr. Bauer, Sever u. Gen. wird zur Verhandlung gestellt:

„Im § 1, Absatz 1, vorletzte Zeile, sind die Worte „6 S“ zu ersetzen durch die Worte „3 S 50 g“.

**Abram**: Hohes Haus! Wir begrüßen es selbstverständlich, daß wir in keinen Zollkrieg hineinstolpern, daß die 14tägige Verlängerung der geltenden Bindungen vollzogen ist. Wir bekämpfen aber das, was die Regierung beabsichtigt, das ist die Ermächtigung, den autonom werdenden Zolltarif von 6 Goldkronen nach ihrem Gutdünken noch zu erhöhen. Die Regierung hat die Absicht, zum Schutze des Getreidebaues von einer Ermächtigung Gebrauch zu machen, zu dem autonomen Zolltarif von 6 Goldkronen schon jetzt nach den Vereinbarungen mit den Staaten einen Zuschlag von 4 Goldkronen zu machen, also auf 10 Goldkronen zu gehen, statt bei 2 Goldkronen zu bleiben, wie es jetzt der Fall ist. Die Begründung, daß diese Erhöhung für die Existenz der Getreidebauern notwendig sei, betrachten wir als eine vom Finanzministerium ausgegebene heuchlerische Begründung. Die 30.000 Getreideüberschußbauern, die wir höchstensfalls in Österreich haben und bei denen wiederum nur wenige tausende ernsthaft als Getreideüberschußbauern mit größeren Mengen in Frage kommen, waren im österreichischen Staate für die Versorgung der städtischen Bevölkerung niemals maßgebend, sie haben sich auch nie darauf eingestellt, daß sie allein die österreichische Bevölkerung versorgen sollen. Sie sind auch im Verhältnis zur übrigen Bevölkerungszahl eine so kleine Gruppe, daß eine Sonderrücksicht auf diese Getreidebauern absolut unmöglich wäre, wenn nicht das Finanz-



ministerium unter dem Titel „Schutz des Getreidebauern“ einen Finanzzoll von den ärmsten Menschen im Staate einheben wollte. (*Zustimmung links.*) Dieselben Regierungen, die uns seit zehn Jahren so famos regieren, daß sie den Staat an den Rand des Abgrundes gebracht haben, dieselben Regierungen, die unsere Kapitalisten veranlaßten, ihr Geld ins Ausland zu verschleppen, weil sie allerschwersten Torheiten duldeten, dieselbe Regierung, die samt ihrem Heer von Sektionschefs nichts gesehen hat von der Wirtschaft bei der Credit-Anstalt, dieselbe Regierung, die einen übermäßigen Schüppel hoher Beamter im Ackerbauministerium hat, die Nachfolger jener Adelligen, die in später Ehe von hormonarmen Vätern gezeugt wurden und die uns die Prachtexemplare der altösterreichischen adeligen Verwaltungsbeamten schon in der Vorkriegszeit gegeben haben. Es fällt ihnen gar nichts ein zur Förderung der Wirtschaft in diesem Staate, nur einzig und allein, die Armen zu berauben und mit den Geldern der Armen diesen Staat aufzurichten und zu bezahlen, was früher Räuber größten Stils dem Volk in Österreich weggenommen haben. (*Beifall links.*) Seit der Zeit der ersten französischen Revolution bis zur Gegenwart hat sich gar nicht viel in der Auffassung der herrschenden Klassen gegen das Volk geändert. Als vor der ersten französischen Revolution der französische Adel im Überfluß lebte, schwelgte und auf alles Leid des Volkes nicht achtete, da kam die große Revolution und legte die Tyrannen des Volkes weg. Aber immer wieder ist die nachfolgende herrschende Klasse von derselben Auffassung: Gott schuf die Welt und Gott schuf arbeitende Menschen, und uns Herrenvölk ist es vorbehalten, diese arbeitenden Menschen auszurauben. Pfaff, Adel und Kapital, dieses Kleeblatt, das wir heute in Österreich am Werke sehen, das war jederzeit bis zur Stunde am Werke. Nun müssen wir Sie aber angesichts der Not des Volkes und angesichts der Wirtschaft, die Sie führen, vor den Massen des Volkes anklagen und müssen Ihnen zeigen, für wen Sie diese Zölle machen, für wen Sie den Raub an den Arbeitslosen, an den Kleinrentnern, an den Kriegsinvaliden, an den Gebirgsbauern machen wollen. 30.000 größere Besitzer, darunter kaum 10.000, die etwas Kennenswertes zu verkaufen haben, sollen geschützt werden. Das ist die Begründung. Das Finanzministerium sagt es anders. Raubt die Armen aus, das ist der billigste Weg zur Sanierung des Staates.

Wie steht es nun in Österreich? Der ungeheuren Zahl der Arbeitslosen drohen Sie an, daß Sie den Ärmsten unter ihnen die Arbeitslosenunterstützung rauben. Zum Beispiel die Arbeiter, die derzeit auf 1500 und 2000 m Höhe die prachtvollste Straße bauen, die Deutschösterreich und Deutschland haben wird, werden ja wegen der Witterung unmöglich

die vorgeschriebene Karenzfrist erreichen, die sie brauchen, um die Arbeitslosenunterstützung oder Notstandsunterstützung zu erreichen. Diese Leute laden Sie ein, angeblich zugunsten der Getreidebauern, in Wirklichkeit zur Sanierung dieses verkrachten Staates, dieses durch Sie in diese Situation gebrachten Staates, zu zahlen. Und die 60.000 Kleinrentner laden Sie ein, daß sie von ihrem Monatseinkommen von weniger als 50 S zugunsten der Getreidebauern und Staatsfinanzen zahlen sollen. Und die Kriegsinvaliden laden Sie ein, zu zahlen, und die Altersrentner laden Sie ein, zu zahlen, Leute, deren Einkommen 600 S im Jahr nicht übersteigt. Die laden Sie in Zukunft ein, daß sie Ihnen 11 g für das Kilogramm Mehl bei der nun schon beabsichtigten Steigerung von 4 Goldkronen zum autonomen Zolltarif zahlen und daß sie Ihnen 16 g für das Kilogramm Brot mehr bezahlen sollen. Und zu den Gebirgsbauern kommen Sie in der heuchlerischen Art, wie Sie sie seit Jahren treiben, alle drei Jahre einmal. Lesen, schlagen Sie die Blätter nach und da finden Sie: Entweder war es der Kanzler Dr. Seipel oder war es ein anderer maßgebender politischer Führer, der von der Not der Gebirgsbauern erzählte. Und dann wird das breitgetreten in den kleinen Blättchen der Länder draußen, und dann wird die Kanzel noch dazu benutzt, den Gebirgsbauern noch einzureden, wie gerne die Herren in Wien diese armen Gebirgsbauern auf 600, 800, 1000 und 1200 Meter haben und wie ihr Herz voll sei von Liebe für diese Gebirgsbauern und wie ihr ganzes Sinnen und Beginnen nur darauf ausgeht, diese Gebirgsbauern zu schützen.

Was geschieht in der Praxis? Der reiche Bauer des Welser Bodens, der reiche Bauer des Marchfeldes geht vielleicht, wenn es ihm beliebt, ein Stück Vieh kaufen, in das Gebirge und schüttelt seinem Bruderbauern die Hand, greift in das Weidbrunnkrügerl, wenn er in das Haus eintritt, damit er mehr Vertrauen findet, und sagt: Ja, lieber Bruder Sepp, in deinem Almdorf heroben geht es dir freilich schlecht. Du mußt auf deinem Buckel Hen hereintragen in den Stadel, und im Frühjahr mußt du die Erde von der untersten Ackerfurche in die oberste tragen, kannst dein Zuchtvieh alleweil schwerer verkaufen. Aber lieber, Bruderbauer, mein lieber Kamerad, das geht nicht anders, du mußt halt mit deiner Familie bei deinem Einkommen von 800 und 900 S im Jahre noch einen Hunderter pro Jahr für uns arme Welser und Marchfelder Bauern bezahlen. Wir haben die Pflicht, den Gebirgsbauern klarzumachen, was hier geschieht, und vor allem darauf hinzuweisen, daß der Minister Thaler, der als zweiter Gebirgsbauer Ackerbauminister geworden ist, so hoffnungslos geworden ist mit der Sippschaft, die im Ackerbauministerium ihr Unwesen treibt, daß er hoffnungslos nichts anderes mehr weiß, als die



Auswanderung den Gebirgsbauern vorzuschlagen, und selber mit Sack und Pack schon über das große Wasser geschwommen ist. *(Lebhafter Beifall links.)*

Das ist Ihre Liebe und Freundschaft zum Gebirgsbauern, daß Sie ihm das Stück Brot noch verkleinern wollen, daß Sie ihm seine karge bescheidene Mehlspeise noch vermindern. Und da wird den Gebirgsbauern vorgemacht: Sepp, du mußt zwar dein Mehl teurer zahlen und dein Brot, aber ich kaufe dir dann schon einmal ein Vieh ab, wenn ich eines brauche. Wie sind aber die Dinge in Wahrheit? In Wahrheit steht die Sache so, daß die Weltmarktproduktion in Weizen so riesengroß ist und so vorteilhaft in großen Gebieten getrieben werden kann mit Hilfe von Maschinen und auf billigem Ackerland, daß der Getreidebau bei uns nie mehr rentabel sein wird. Darum werden die nieder- und oberösterreichischen Bauern mit jedem Jahr selber mehr Vieh züchten. Die Bauern Niederösterreichs haben in den letzten vier Jahren ihren Bestand an Melkkühen um 30.000 Stück vermehrt. Und so geschieht es im ganzen Norden, in den angrenzenden Gebieten von Bayern, Württemberg und Baden, die Absatzmöglichkeit für Vieh ist klein geworden für die westalpinen Bauern.

Es ist daher eine Frogelei, eine Fopperei der Salzburger, Kärntner, Tiroler und Vorarlberger Gebirgsbauern, wenn man ihnen sagt: Ja, Brüder in Christo, zahlt halt 100 S pro Jahr mehr für das Mehl und für das Brot — wir kaufen euch dann, wenn wir mögen und wenn wir's brauchen, euer Zuchtvieh ab. Die Wahrheit steht so, daß die Bauern heute vielfach genötigt sind, ihr Zuchtvieh unverkauft von den Märkten in ihre Hochgebirgsdörfer zurückzubringen, daß dieselben Bauern keine Bretter verkaufen können, weil die russischen Hölzer viel billiger sind als die unsern, daß der Holzexport nach Italien und Deutschland fast aufgehört hat und daß deshalb eine große Not unter den Kleinbauern draußen ist. Und diesen kleinen Bauern, denen sagen Sie nun — nicht wie es ehrlich wäre: Wir Bureaukraten, wir vielen, allzu vielen hohen Bureaukraten dieses Staates, wir sind bequeme Herren oder haben von unseren Eltern zu wenig Talent geerbt; wir wußten bisher nicht, wie wir diesen Staat regieren sollten, wir wußten nicht, wie die Banken arbeiteten; wir ließen sie gewähren — im besten Falle; vielleicht ist noch ein Schlimmeres der Grund von dem Gewährenlassen — aber jetzt ist alles verhaßt und verhaßt und nun, ihr kleinen Leute, zahlt alle zunächst einmal die Kleinigkeit von 11 g pro Kilogramm Brot und 16 g pro Kilogramm Mehl mehr, und wenn das nicht auslangt, dann haben wir noch eine Verordnung in petto, die besagt, daß wir noch einmal um 6 Goldkronen in die Höhe gehen können. Ja, verehrte Herren, was denken Sie denn eigentlich? Was denken Sie, wie das auf das Volk wirken wird?

Sie pochen vielleicht auf ihren Baugoin, Sie pochen darauf, daß Sie auf sieben Soldaten einen Offizier haben. Auf das alles können Sie pochen, aber in der Bevölkerung wird der Unwille und wird der Unmut so groß werden, daß Ihnen das alles nichts nutzen wird. Wir werden dafür sorgen, daß in die Gebirgstäler draußen die Einsicht hinausgetragen wird, wie man mit ihnen verfährt, wir werden es dem letzten Kleinrentner sagen, wir werden es dem letzten Kriegsinvaliden sagen, wir werden es den Arbeitslosen sagen, wir werden es den Kurzarbeitern erläutern, was ihr Herren, die ihr euch Repräsentanten eines christlichen Staates nennt, für Mäurbereien gegen sie im Sinne habt. *(Lebhafter Beifall links.)*

Und ist denn das wirklich nur die einzige Möglichkeit, habt ihr denn nicht ein bißchen Gehirnschmalz, ihr Herren vom Ackerbauministerium? Gehts euch's ausleihen, wenn ihr es nicht habt! *(Dr. Aigner: Beim Abram!)* Ja, ich werde es Ihnen schon verschaffen. Da können Sie mir ein Dugend von den Herren schicken! Vorausgesetzt, daß sie nicht ganz unbelehrbar sind, werde ich ihnen gleich sagen, was man in Österreich macht. In Österreich wollen Sie jetzt mit dem Hunger, mit der hungernden Masse einen Staat sanieren, die hungernde Masse soll zahlen, was Sie verbrochen haben! Ist das der einzige Ausweg? Wir können in Österreich nicht mit dem Getreidebau unsere Volkswirtschaft aufrichten, aber wir haben so viel Weideland, wir haben so viele Möglichkeiten der Viehhaltung, daß wir nicht 360 Millionen Schilling ausgeben müßten, um tierische Produkte einzuführen. Wenn im Ackerbauministerium Herren wären, bei denen das Denken lernen möglich wäre, so müßten sie sich sagen: Wenn wir durch drei Jahre hindurch 30 Millionen Schilling für die Verbilligung von Futtergerste und Futtermais ausgeben würden, die wir dann um 10 g pro Kilogramm an jeden Kleintierhalter und jeden Kleinbauern abgeben, so würden wir sehr bald in die Lage kommen, statt um 70 Millionen Schilling Eier und Geflügel nach Österreich einzuführen, Eier in das Ausland um denselben Betrag auszuführen. Wir würden sehr bald in der Lage sein, in Österreich unsere Schweinezahl so zu vermehren, daß wir eben in der kapitalskräftigen Schweiz einen Abnehmer hätten. Wir haben zur Zucht den Platz, wir haben zur Gräfung den Platz, wir haben zum Auslauf für Fleischschweine den Platz. Es fehlt uns nur das letzte Futtermittel, das Hartfutter, das wir aus Amerika, aus Rumänien oder Ungarn kaufen und mit Industriewaren bezahlen könnten. An Stelle einer oft korrupten Wirtschaftsunterstützung unter allen möglichen durchsichtigen Vorwänden sollten wir verbilligten Mais und Gerste an die Kleintierzüchter und an die Kleinbauern abgeben, an diejenigen, die nachweisen,



daß sie es brauchen. Dann können wir sehr bald in Eiern, in Geflügel, in Schweinefleisch Ausfuhrüberschuß haben. Wir brauchen dann nicht nur Haut und Knochen der Tiere in die westalpinen Schlachthäuser zu bringen, sondern wir geben den Kleinbauern die Möglichkeit, manches Stückvieh zu mästen, so daß die ganze Viehhaltung viel wirtschaftlicher wird.

Wenn wir das tun würden — was kann dann geschehen? Es kann geschehen, daß die Schweinepreise niedrig bleiben. Ist das ein Malheur in einem Lande, wo die einzige Aktivpost der Fremdenverkehr ist? Es wäre ein Gebot der Notwendigkeit, das Sie alle verstehen müßten, daß wir auf eine billige Ernährung der eigenen Bevölkerung und der Fremden hinarbeiten müßten.

Wer kommt denn zu uns nach Österreich, wer kommt in die österreichischen Alpenländer? 90 Prozent Reichsdeutsche. Woher kommen in der Gegenwart diese Reichsdeutschen? Aus einem Staate, dessen erste Beamte, der Kanzler und der Außenminister, Bittgänge nach London, nach Rom, nach Paris, in die ganze Welt machen müssen, weil Deutschland vor dem Zusammenbruch steht. Immer war es schon in den Alpenländern das Rückfackpublikum, immer waren es die ärmeren Fremden, die zu uns gekommen sind. Aber wenn wir ihnen etwas zu einem Preis geben, den sie bezahlen können — diese Schulmeister, diese kleinen Beamten, diese kleinen Bürger aus Deutschland, die Zehntausende von Arbeitern aus Deutschland —, so erreichen wir, daß das Bett im Fremdenverkehrsgebiet nicht 60mal im Jahr, sondern 120mal besetzt ist. Das bedeutet die Geldeinnahme für soundso viel Zimmermannsarbeit, Maurerarbeit, soundso viel Tapeziererarbeit und Anstreicherarbeit, das bedeutet eine Reihe von Existenzmöglichkeiten. Man hat uns in Österreich alles genommen, man hat uns zu einem kleinem Staat gemacht — aber eines kann man uns nicht nehmen: die Schönheit unseres Staates, und die auszunutzen und auszunutzen ist durch planmäßige Förderung des Fremdenverkehrs allein möglich.

Wenn wir also auf die Ernährung dieser minderbemittelten tausenden Reichsdeutschen Rücksicht nehmen, so sind wir das Land, das sie nach wie vor auffuchen, und es kommen viele Millionen Mark in unser Land. Langsam könnten wir, was in der Inflationszeit, in der Frankenspekulation, was durch die Heimwehrgetuerei an Kapital außer Landes gebracht wurde, wieder auffüllen, der Zinsfuß könnte herabgesetzt werden, Industrie und Handel könnten gefördert werden.

Aber so geistlos, so verdammt geistlos, nur zu sagen: Ihr Armen und Gebirgsbäuerlein zahlt, wir Finanzministeriumsleute, wir wollen nicht ein bißchen Verstand aufwenden für einen anderen Ausweg und wir, die Mehrheitsparteien, haben es nicht nötig,

uns anzustrengen, es liegt uns nicht unter der Führung eines Prälaten, der von Haß erfüllt ist gegen die armen Arbeiter (*Widerspruch und Zwischenrufe rechts*) und von dem ich nichts anderes gehört habe als Haßworte gegen die Armen. . . (*Lebhafter Beifall links. — Erneute lebhafter Protest- und Zwischenrufe rechts.*) Das ist euer Christentum! Das ist von meiner Ministrantenzeit bis zum heutigen Tage beobachtet worden. (*Lebhafter Zwischenrufe rechts.*) Jawohl, ihr habt nichts übrig für das arbeitende Volk als Haß und nichts als Knebelungsabsicht und Verhungern! (*Erneute Zwischenrufe rechts.*) In den Himmel — ja, da schicken Sie sie hinüber, aber auf Erden sollen sie verhungern! (*Lebhafter Beifall links. — Rufe rechts: Pfui Teufel! — Lebhafter Zwischenrufe.*) Ihr Pfui wird mich nicht irritieren. Im frommen Tirolerland von katholischen Eltern geboren und in engster Beziehung zu den Leuten stehend, wird mich Ihr Pfui nicht irritieren. Ich habe alle Pfaffen nur kennengelernt als Feinde des Volkes, als grimmige Feinde des Volkes. Das sind eure Führer, von denen laßt Ihr Euch führen. (*Ruf rechts: Immer diesselben Hetzreden! — Zwischenrufe.*)

**Präsident:** Ich bitte um Ruhe!

**Abram (fortfahrend):** Ich bin ein freier Mensch und sage frei, was ich erkenne und was mir das Leben als eiserne Erfahrung eingeprägt hat. (*Dr. Schuschnigg: Der spricht über Hunger! — Lebhafter Zwischenrufe.*)

**Präsident:** Ich bitte um Ruhe! (*Manhalter: Aber, Herr Präsident, dulden Sie doch nicht solche Ausdrücke! Wollt ihr denn aus dem Parlament einen Sauhaufen machen? — Stürmische Zwischenrufe und Gegenrufe.*) Ich bitte, meine Herren, ich kann wegen der Zwischenrufe ja nicht einmal den Redner verstehen! (*Anhaltender Lärm. — Ruf links: Sie dürfen nicht glauben, daß Sie ungestraft die Nahrungsmittel verteuern können!*) Ich bitte, meine Herren, ich kann ja oft nicht einmal den Redner hören, noch weniger die Zwischenrufe in dem Lärm unterscheiden. (*Andauernde Unruhe.*) Ich bitte den Herrn Redner fortzusetzen. (*Stika: Frech sein und das Brot verteuern — das ist eine Gemeinheit! — Lebhafter Gegenrufe.*) Ich bitte um Ruhe! Ich bitte den Herrn Redner, seine Rede fortzusetzen.

**Abram:** Mit Vergnügen, nur werde ich warten, bis ich mich verständlich machen kann und bis die geistlichen und weltlichen Herren ausgetobt haben.

Die Sache steht doch so: Ihr habt den Kleinrentnern einen Bettel gegeben, ihr habt den Kriegsinvaliden einen Bettel gegeben. . . (*Ruf rechts: Ihr habt ihnen gar nichts gegeben! — Gegenruf links: Aber Sie haben die Mehrheit!*) . . . Ihr habt den Altersrentnern 50 S gegeben,



ihr wollt den Arbeitslosen das Letzte nehmen, ihr habt aber den Geistlichen die Kongrua gegeben. Dort, wo ihr am Zuge seid — splendid, da ist Staatsgeld vorhanden. Dort, wo es sich um die Arbeitslosen handelt, dort ist nichts da. Nun krönen Sie das Ganze und wollen den Staat mit Hilfe einer solchen Verteuerung des Mehles und des Brotes sanieren, nun laden Sie die Ärmsten ein, diese Opfer zu bringen, und tun aufgeregt, wenn ich sage: Seit meiner frühesten Jugend habe ich und haben mit mir zehntausende Menschen aus katholischen Familien, die in ihrer Jugend in katholischen Gesellenvereinen waren, die tiefinnerste Überzeugung, daß Sie, solange Sie die Macht im Staate haben — in der Vergangenheit und in der Gegenwart —, nur Haß und Druck gegen die arbeitende Klasse üben. *(Lebhafter Beifall links. — Widerspruch rechts.)* Sie bestreiten das? Ich gebe Ihnen Gelegenheit, das Gegenteil zu erweisen und meine Behauptung zu widerlegen. Ich gebe Ihnen folgende Gelegenheit: für diesen Antrag zu stimmen — und dann werden wir sehen, ob ich Sie zu Unrecht angegriffen habe oder mit Recht. Ich bringe den Antrag zur Kenntnis des Hauses *(liest)*:

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Hinblick auf die wirtschaftliche Notlage der gesamten Bevölkerung, insbesondere der Arbeitslosen und Kurzarbeiter, und im Hinblick auf den Lohndruck in den Betrieben,

von der gesetzlichen Ermächtigung, Zuschläge zu den Getreidezöllen einzuhoben, keinen Gebrauch zu machen.“

Stimmen Sie für diesen Antrag, dann haben Sie bewiesen, daß ich unrecht habe! Stimmen Sie dagegen, so bestätigen Sie meine Anklage gegen Sie! *(Anhaltender, lebhafter Beifall links.)*

Der genügend unterfertigte Resolutionsantrag Abram wird zur Verhandlung gestellt.

**Frau Freundlich:** Hohes Haus! Wenn wir die Tätigkeit dieses hohen Hauses in den letzten acht Tagen verfolgen, so muß man geradezu den Eindruck bekommen, das Parlament wird überhaupt mit keiner anderen Tätigkeit mehr beschäftigt als mit einer unausgesetzten Verteuerung von lebenswichtigen Bedarfsgegenständen. Wir haben in den letzten Wochen wirklich keine andere Aufgabe gehabt, als eine neue Belastung der breiten Massen der Bevölkerung um die andere herbeizuführen. Erinnern Sie sich nur, wir haben das Salz verteuert, wir sind dazu übergegangen, Kaffee und Tee zu verteuern, wir haben sämtliche Tabakartikel erhöht, und nun sehen Sie, wie wir heute wieder mit unseren Gesetzen eine Verteuerung anbahnen! Denn wenn auch die Höhe der kommenden Zölle der Haupt-

ausschuß auf Grund des Ermächtigungsgesetzes beschließen wird, das im vergangenen Jahre der Regierung eingeräumt wurde, so ist doch dieses Übergangsgesetz, das jetzt zur Verhandlung steht, ein Weg, der zur Verteuerung von Brot und Mehl führen muß. Ich habe das Gefühl, die Mehrheit dieses hohen Hauses hat den Ernst der wirtschaftlichen Situation immer noch nicht verstanden. Es war heute bei mir ein Mann, der seit vier Jahren arbeitslos ist. Der Mann hat eine Frau und zwei Kinder. Man hat ihm seine Möbel gepfändet, er hat seine Kleider aufgegessen bis auf jene letzten Reste, die er und seine Familie auf dem Leibe haben. Dieser Mann wohnt seit acht Tagen unter der Reichsbrücke mit seinen zwei Kindern und ist nun aller Mittel entblößt. Der Mann wurde seinerzeit, weil er für Österreich optiert hat, von der Tschechoslowakei nach Österreich abgeschoben. Er konnte in Österreich nicht mehr von der Eisenbahn übernommen werden, weil an dem Tage seiner Überweisung die Aufnahmeperrre bei den Bundesbahnen eingetreten ist, und er hat deshalb für 16 Dienstjahre seine Pensionsberechtigung verloren. Das ist ein Fall unter tausenden. Aber stellen Sie sich einmal vor, daß wir heute Orte in Österreich haben, wo 90 Prozent der Bewohner arbeitslos sind! Gehen Sie doch einmal nach Wöllersdorf! Ich bin vor 14 Tagen durch dieses Tal von Wöllersdorf nach Gutenstein gegangen. Da steht Wöllersdorf — dort waren einmal 6000 Arbeiter beschäftigt, heute sind nur noch 300 in den großen Betrieben, die Arbeit haben. Dann kommen Sie zur Fabrik Zuckmaier — die steht. Dann kommen Sie nach Deb — die Fabriken stehen. In Ortman arbeiten noch zwei Fabriken, aber auch schon mit verkürzter Arbeitszeit — die andern Fabriken hinter Ortman stehen alle. Stellen Sie sich doch nur die Verhältnisse in einem solchen Tale vor! Bisher hat dieser Arbeitslose immer noch von Mehl, Brot und Fett leben können. Nun wollen Sie ihm aber durch den neuen Zolltarif Mehl und Brot neuerlich verteuern. Sie werden diese Brot- und Mehlernteuerung nicht auf einmal durchführen; das Übergangsgesetz soll ja ein Mittel sein, um diese Verteuerung in Etappen durchzuführen; der Laib Brot wird jetzt um ungefähr 4 bis 6 g teurer werden. Aber wenn der Zusatzzoll voll in Kraft treten wird, weil die Vorräte aufgezehrt sind, dann wird die Verteuerung eine noch höhere Stufe erreichen.

Die Verzweiflung unter diesen Menschen, die keine Arbeit haben, ist bis zum Siedepunkt gestiegen. Wenn Sie sich vorstellen, daß wir heute Kurzarbeiter in Österreich haben, die mit einem Arbeitslohn von 22 und 20, ja sogar von 18 S nach Hause gehen *(Hört! Hört! links)*, daß diese Familienmutter verpflichtet ist, mit einem solchen bescheidenen Betrag manchmal vier, sechs, ja acht Köpfe zu ernähren,



wenn Sie hören, Arbeitslose im Wiener Neustädter Gebiet verkaufen ihren Schubkarren und ihren letzten Kleiderschrank, um sich noch einmal die Schuhe doppeln zu lassen, und der Arbeitslose weiß: wenn diese Doppler durchgelaufen sind, dann bin ich am Rande, dann bleibt mir nichts mehr als der Strick; wenn Ihnen die Schulärzte erzählen, daß sich die Kinder heute in den Schulen des Wiener Neustädter Gebietes und in der Nordsteiermark in einem Ernährungszustand befinden wie in der Kriegszeit (*Hört! Hört! links*); wenn Sie hören, das Gewicht dieser Kinder geht so zurück, daß die Kinder heute schwächer und elender sind als in der Hungerperiode der Jahre 1919 und 1920, dann haben Sie ein Bild des Elends. Damals, als wir in diesem hohen Hause die Getreidepreise festgesetzt haben, da hat der Herr Abg. Födermayr zugegeben, daß in einer solchen Periode der Not auch die Landwirtschaft Opfer bringen muß, da war es der Herr Abg. Födermayr, der dies von diesem Plaze aus gesagt hat — nachdem ich über die Festsetzung der neuen Getreidepreise gesprochen und gesagt hatte, es gehe dem Landwirt gewiß schlecht, aber er hat ein Dach über dem Kopf, er hat immer noch eine Kuh im Stall, und seine Kinder brauchen nicht hungrig ins Bett zu gehen —, ja wir verstehen es und verzichten auf eine Erhöhung der Preise. Aber heute gibt es Kinder, die in die Schule kommen und sagen: Ich habe gestern kein Nachtmahl gehabt und heute früh kein Frühstück. Wenn wir in Wien nicht die Auspeisung der Gemeinde Wien hätten, wenn die Kinder nicht wenigstens ein warmes Mittagessen bekämen, dann würden sie Hungers sterben und auf der Straße zusammenstürzen.

Glauben Sie wirklich, daß dies die einzige Methode ist, die Getreidezölle unausgesetzt zu erhöhen? Glauben Sie, wenn Sie dadurch die städtische Bevölkerung verelenden, wirklich imstande sind, der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu helfen? Stellen Sie sich doch einmal vor, wohin es in Deutschland geführt hat! In Deutschland ist infolge der Zoll-erhöhung der Getreidepreis um 200 Prozent über den Weltmarktpreis gestiegen, aber der deutschen Landwirtschaft geht es weiterhin schlecht (*Zustimmung links*), sie wird immer mehr verschuldet. Die deutsche Regierung hat jetzt einen Erlass herausgegeben, der es gestattet, daß jede Brotfabrik, jeder Bäcker, der es wünscht, in der Nacht arbeiten kann. Man hat ein sozialpolitisches Recht der Arbeiter gebrochen, man hat das Nachtbrotverbot einfach durch Regierungsverordnung durchlöchert, um den Brotpreis zu senken. Und wissen Sie, was der Erfolg gewesen ist? Daß die Brotfabriken in Deutschland erklären: Wir wollen gar nicht drei Schichten arbeiten, was sollen wir denn mit dem Brot anfangen, das in drei Schichten erzeugt wird? Die Bevölkerung kann ja das Brot nicht kaufen. Dort hat man einen Getreidepreis, der

um 200 Prozent über den Weltmarktpreis steht. Vergessen Sie nicht, Sie können nur Brot verkaufen, das die große Masse der Bevölkerung zu kaufen imstande ist.

Sie müssen sich doch vorstellen, daß wir hier nicht nur fortwährend die Preise für lebenswichtige Artikel erhöhen, sondern daß wir hier auch fortwährend mit Gehaltskürzungen zu tun haben, daß unsere Gewerkschaften gar nichts anderes mehr zu tun haben, als abzuwehren, daß man die Löhne nicht auf ein Niveau herunterdrücke, das unerhört ist. Stellen Sie sich doch einmal vor, heute werden Ingenieure in Österreich mit einem Monatsgehalt von 120 S angestellt. Diese Menschen haben zehn Jahre studieren müssen und müssen dann mit einem Lohn vorliebnehmen, der wirklich unter dem Existenzminimum ist. Da müßten Sie sich doch fragen: Wie lange soll die Bevölkerung es aushalten, wenn man von allen Seiten die Preise in die Höhe treibt? Ja, haben Sie denn gar keine Angst, daß es einmal nicht mehr möglich ist und daß diese hungernden Massen nicht mehr die moralische Kraft aufbringen, in Ruhe zu sterben, zu verhungern, daß wir in ein Chaos hineingehen, das nicht nur ein Chaos für die Städte, sondern auch ein Chaos für die Landwirtschaft sein wird? (*Zustimmung links*.)

Wir geben ohne weiteres zu, auch die Landwirtschaft hat Schwierigkeiten, die sinkenden Weltmarktpreise bergen auch für die Landwirtschaft Gefahren in sich. Aber man hat jetzt wieder der Mühlenindustrie in diesem Übergangsgesetz ein Geschenk gemacht; es wäre nur die Festsetzung des Preises von 3 S 50 g notwendig gewesen, man hat aber einen Preis von 6 S festgesetzt. Dabei weiß man doch, wie man diese Mühlenindustrie bei dem Notopfer subventioniert hat. Ich habe Ihnen vorgelesen, daß eine einzige Mühle eine Subvention von fast 1 Million Schilling bekommen hat. (*Hört! Rufe links*.) Auf der anderen Seite aber hat die arme Frau, die Frau des Arbeitslosen, die Frau des Kleinrentners, die Frau des Staatsbeamten, der mit 150 S monatlich eine Familie erhalten muß, für jedes Kilo Zucker mehr bezahlen müssen. Wir wissen, daß der Zuckerkonsum zurückgeht, daß der Brotkonsum in Wien zurückgeht, wir sehen, daß die Bevölkerung, wenn auch ein Lebensmittel billiger wird, wie jetzt die Milch in Wien viel billiger geworden ist, nicht imstande ist, mehr Milch zu kaufen; wir haben keine Konsumsteigerung, denn die Menschen sind einfach nicht imstande, etwas zu kaufen. Man kann heute bestimmte Waren überhaupt nicht mehr absetzen, wenn sie über einen gewissen Preis hinausgehen. Kleider, Schuhe und andere Dinge müssen so billig und so schlecht wie möglich sein, damit sie gekauft werden können. Das deutsche Konjunkturforschungsinstitut hat festgestellt, die Qualität aller



Waren geht ständig zurück, weil die Bevölkerung eine Qualitätsware gar nicht mehr kaufen kann.

Wenn der Landwirtschaft geholfen werden soll, warum lehnen Sie denn unseren Vorschlag auf Schaffung eines Getreidehandelsmonopols ab, warum hindern Sie uns (*Zustimmung links*), wirklich einen Weg zu suchen, auf dem wir der Landwirtschaft dienen können und die städtische Bevölkerung nicht in diesem Maße ausbeuten müssen? Sie sagen, wir bekommen zu viel Bureaufürten. Wenn man den Gesetzesentwurf ansieht, den der Herr Minister Dr. Dollfuß über die Kontingentverträge vorbereitet — ja, meine Herren, mehr Bureaufürten, als Sie zur Durchführung dieser Verträge notwendig haben werden (*Beifall links*), eine größere Zahl von Beamten und Bureaufürten hätten Sie für ein Getreidehandelsmonopol wirklich nicht gebraucht. (*Bundesminister Dr. Dollfuß: Wir brauchen nicht einen Beamten mehr!*) Das werden wir noch sehen, Herr Minister. Borderhand kennen wir nur das Gesetz, von dem man wirklich nicht recht weiß, was Sie sich darunter vorstellen. Man könnte sich fast vorstellen, Sie sind plötzlich unter die enrägiertesten Verstaatlichungsorgane gegangen, Sie wollen die ganze Volkswirtschaft wieder staatlich bewirtschaften, Sie wollen eine Art neuer Kriegszentralen wieder herstellen. Sonst kann man sich wirklich kaum vorstellen, wie Sie das Gesetz durchführen wollen. Wir kennen die geheimen Pläne, die im Ministerium schlummern, nicht, wir hoffen aber, daß Sie nicht erwarten, wir werden dieses Gesetz in Beratung ziehen, bevor wir nicht wirklich Aufklärung erhalten, wie Sie sich das Regime dieser Kontingentverträge vorstellen. (*Lebhafter Beifall links.*) Es werden da heute schon Dinge kolportiert, die gefährlich sind. Da sollen die Kontingente unter die verschiedenen Interessentengruppen schon verteilt werden, wahrscheinlich wieder die Gruppen, die sich guter Beziehungen zur Landwirtschaft erfreuen, also die Mühlen.

Auch der Getreidegroßhandel soll Gelegenheit haben, seinen Gewinn einzustreichen. Sie sorgen ja immer dafür, daß die Menschen, die ihren Wahlfonds subventionieren, auch die Möglichkeit haben, den Wahlfonds vorher zu verdienen. Aber solche Dinge werden in Österreich nur durchgeführt werden können, wenn wir die Möglichkeit haben, sie mitzukontrollieren. Ihren Milchausgleichsfonds werden Sie auch nicht ohne unsere Kontrolle durchsetzen. Wir sind wirklich nicht verwöhnt durch Gewissenhaftigkeit, mit der in diesem Staate verwaltet wird. Wir haben in den letzten Jahren immer gesehen, daß das Verantwortungsbewußtsein nicht so lebendig ist, wie wir es wünschen würden. Die Wirtschaft in Österreich wäre heute in einer anderen Situation, wenn man nicht so darauf losgewirtschaftet hätte, daß wir zum Schlusse gezwungen sind, sie zu retten, indem der

Staat zu Haftungen verpflichtet wird, die kaum noch zu verantworten sind. Wir werden uns da nicht einfach mit irgendwelchen Mitteilungen begnügen, sondern wir werden wirklich den Einblick in die Dinge verlangen, die Sie bei der Durchführung dieser Kontingentverträge beabsichtigen.

Aber wenn man schon eine halbe Verstaatlichung der ganzen Wirtschaft herbeiführt, warum dann die Angst vor dem Getreidehandelsmonopol? Warum haben Sie den Beschluß des Parlaments einfach ad acta gelegt? Wir haben hier mit Mehrheit beschlossen, daß die Regierung aufgefordert wird, ein Gesetz über ein Getreidehandelsmonopol vorzulegen. Warum respektiert man den Beschluß des Parlaments nicht? Sogar Herren der christlichsozialen Partei haben damals gesagt: Wenn wir auch nicht dafür gestimmt haben — die Herren haben ja nur im Ausschuß dafür gestimmt, im Plenum mußten sie dann dagegen stimmen —, wenn wir auch dagegen gestimmt haben, werden wir es doch durchführen. Das wäre ein Weg gewesen, auf dem man wirklich eine Hilfe für die Landwirtschaft hätte bringen können, ohne die städtische Bevölkerung in diesem Maße zu belasten. Wenn wir sagen, daß das, was jetzt gesehen soll, eine Brotverteuerung ist, konstatieren wir doch nur Tatsachen. Sollen wir der Bevölkerung vielleicht sagen, das Brot werde nicht teurer? Das wäre doch eine Komödie. Sie sagen, das Brot muß teurer werden, anders kann der Landwirtschaft nicht geholfen werden. Wir sagen der Bevölkerung: Wir können der Landwirtschaft helfen, ohne daß wir euch das Brot in diesem Maße verteuern müssen, ohne daß wir kostspielige Apparate aufstellen müssen, indem wir dem Staat selbst die Kontrolle in die Hand geben. Man muß nur den Willen haben, neue Wege zu gehen. Sie werden nicht darüber hinwegkommen, daß die Methode, die in den letzten 14 Tagen in diesem Parlament eingerissen ist, nicht weiter durchgeführt werden kann. Sie können nicht alle Lasten dieses Staates auf den Konsumenten bürden. Haben Sie schon einmal in den letzten 14 Tagen daran gedacht, auch die Lasten der besitzenden Klassen zu erhöhen? (*Beifall links.*) Warum ist der Herr Finanzminister nicht gekommen und hat eine Verdoppelung der Vermögenssteuer verlangt? Warum ist der Herr Finanzminister nicht gekommen und hat uns Vorschläge gemacht, wie wir jene berücksichtigten großen Einkommen der Wirtschaftsführer besteuern können, von denen wir jetzt immer wieder in den Zeitungen lesen? Man bekommt ja langsam den Eindruck, daß in Österreich nur Kartelle und Monopole geschaffen werden, damit ein paar Generaldirektoren ihre 400.000 und 500.000 S einstreichen können. Wir haben von Ihnen verlangt, Sie sollen die Menschen zur Rechenschaft ziehen, die schuld am Zusammenbruch der Credit-Anstalt sind, an diesem fürchterlichen Betrug an unserer Volkswirtschaft. Wir



wissen ja heute noch nicht, was dieses Experiment und dieser Zusammenbruch die österreichische Bevölkerung kosten wird. Dafür interessiert sich in diesem hohen Hause kein Mensch. Vor vier Wochen haben wir beim ersten Credit-Anstaltsgesetz die Forderung gestellt, man solle endlich die Schuldigen zur Rechenschaft ziehen. Vier Wochen sind vergangen. Sie breiten den Mantel Ihrer christlichen Nächstenliebe über alle die Leute, die dort schuldig sind. *(Lebhafter Beifall links.)* Sie sehen, Sie können schon milde sein. Es sagt auch der Herr Dr. Seipel nicht immer: Keine Milde! Er hält es nur mit jenem System, daß man die großen Diebe laufen läßt und die kleinen Diebe hängt. *(Lebhafter Beifall links.)* Und ehe Sie die Bevölkerung in der Weise belasten, haben Sie doch erst einmal den Mut und die Kraft, Ordnung zu schaffen in diesem kolossalen Debakel, daß die Privatwirtschaft in Österreich erlebt hat, dann haben Sie doch erst einmal den Mut, die Schuldigen zu suchen und sie zur Rechenschaft zu ziehen! Natürlich, Gesetze einbringen, die das Brot verteuern, das können Sie, aber Gesetze einbringen, die diesen Herrschaften die Pensionen kürzen, das können Sie nicht. Ja, Sie haben nicht einmal den Mut, die Verträge zu lösen, die Menschen, wie dem Herrn Dr. Strafella, ein arbeitsloses Einkommen für sein ganzes Leben garantieren.

Das alles muß man Ihnen heute einmal sagen, da Sie nach dem Brot des Armen greifen. Erinnern Sie sich an die Biblische Geschichte ... *(Horvatek: Die kennen die Herren gar nicht mehr!)* ... Ja, wahrscheinlich ist diese Biblische Geschichte etwas kapitalistisch vergoldet worden. Aber erinnern Sie sich, daß Christus einmal gesagt hat: „Wer einem dieser Kleinen etwas tut, dem wäre es besser, daß man ihm einen Mühlstein um den Hals hängt und ihn in die Tiefe des Meeres versenkt.“ Sie verteuern das Brot dieser Kleinen. Da werden Kinder sein, die werden sagen: Mutter, ich habe Hunger, und die Mutter wird kein Brot für diese Kinder haben. Das nennen Sie soziale Gerechtigkeit, das nennen Sie christliche Nächstenliebe, das wollen Sie mit ethischen und moralischen Grundsätzen verteidigen. Nein, so wird das nicht gehen, und Sie werden nun endlich einmal Farbe bekennen müssen. Wir werden Ihnen die Anträge in diesem Hause unterbreiten, wir werden einmal eine Probe fordern von Ihnen auf Ihre christliche Überzeugung: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst, und nicht: Hilf dem Reichen und verstoße den Armen.

Diese Methode wird auch im österreichischen Parlament nicht dauernd angewendet werden können. Sie wissen ja gar nicht, wie es da draußen in den Glendsvierteln aussieht, sonst hätten Sie vielleicht nicht den Mut, in so verbrecherischer Weise die Schuldigen laufen zu lassen und die Armen zu

bestrafen. Ja, wollen Sie das ganze Defizit des Staates aufbringen allein aus dem Hunger und der Not der breiten Massen des arbeitenden Volkes? Glauben Sie wirklich, daß Sie es verantworten können, daß Sie einfach erhöhen und erhöhen und erhöhen, wie eine Mühle, die mahlt, jeden Tag eine neue Verteuernng der Lebenshaltung. Nein, das wird auf die Dauer nicht gehen. Wenn Sie aber mit dieser Not so spielen werden, dann fürchte ich, wird die Situation wieder so werden wie 1917 und 1918. Der Krieg ist nicht an den Fronten zusammengebrochen, sondern zusammengebrochen an dem Hunger der Frauen und an dem Hunger der Kinder. *(Lebhafter Beifall links.)* Die erste große revolutionäre Welle, die durch Österreich gegangen ist, das war der Tag, wo wir kein Brot mehr für die Menschen hatten. Und wenn die alte Monarchie in diesem Kampf zusammengebrochen ist, so nur deshalb, weil die Not den Menschen gezeigt hat: Wir müssen alles tun, damit diese Verhältnisse geändert werden. Führen Sie die Menschen wieder hinein in eine solche Situation des ständigen Hungers, und der Zahntag wird nicht ausbleiben. Stellen Sie sich vor, daß wir jetzt im Sommer um 49.000 mehr Arbeitslose haben als im vergangenen Jahre. Sehen Sie doch die Menschen, die keine Schuhe und keine Kleider mehr und einen hungrigen Magen haben; stellen Sie sich einmal vor, was es heißt für Menschen, fortwährend zu sehen, wie die Familien sterben, wie die Kinder sterben. Ja, glauben Sie wirklich, daß man das dauernd ertragen kann?

Und deshalb, meine Herren, warnen wir Sie. Wir warnen Sie, wie wir damals gewarnt haben. Man kann nicht einfach darauf sündigen, man kann nicht einfach die Lasten auf dem Rücken dieser hungernden Menschen täglich vermehren, man kann nicht Todesurteile unterzeichnen. Und wenn Sie in dieser Politik fortfahren werden, die Sie jetzt angefangen haben, dann unterzeichnen Sie die Todesurteile für alle jene unglückseligen Menschen, die dafür bestraft werden, daß andere Menschen die Wirtschaft nicht zu führen und nicht zu verwalten verstehen. Ich weiß schon, daß der Zusammenbruch des alten Wirtschaftsgebietes eine große Schwierigkeit für unsere Wirtschaft bedeutet hat; aber Sie haben in einem Taumel immer wieder spekuliert und versucht, mit allen künstlichen Mitteln diesen Zusammenbruch zu verschleiern — ich erinnere Sie nur an das Jahr 1923, wo von Ihnen in einer Rede des Herrn Dr. Riebenböck die Parole ausgegeben wurde, daß es ein Beweis für die Prosperität dieser Wirtschaft ist, wie die Kurse an der österreichischen Börse steigen —, und sich hineingeredet haben in eine Hauffe, die wir gar nicht haben konnten, und jeder Einsichtige hat nur mit Schaudern gesehen, wie man da auf Pfaden läuft, die nur in den Abgrund führen können.



Wenn Sie damals verantwortungsbewußte Wirtschaftsführer gehabt hätten, dann wären wir nicht in der Situation, in die wir gekommen sind. Blicken Sie auf die Gemeinde Wien, über die Sie so viele Raskaden des Hasses und der Verleumdung ergossen haben. Schauen Sie sich den verleumdeten Breitner an: er ist wirklich der letzte, der in Österreich eine große wirtschaftliche Gemeinschaft ohne Schwierigkeiten und Verluste hindurchführt durch die Krise. *(Lebhafter Beifall links.)*

Und ich kann Ihnen mehr sagen. Wir haben Konsumgenossenschaften in Österreich, die von Arbeitern geführt werden, nicht von den Wirtschaftsführern mit den Riesengehältern, von einfachen Tischlergehilfen, von einfachen Schustermeistern und Bäckergehilfen und Hüttenbuben. Und wir bringen es fertig, unsere Organisationen heil und ganz durch die Krise hindurchzuführen. Unsere Großeinkaufsgesellschaft hat im Jahre 1920 von 489 Mitglieds-genossenschaften alle bis auf 103 verloren, denn die sudetenländischen, die italienischen, die polnischen und die tschechischen sind nicht in das neue Österreich eingegangen. Und wir sind heute gesünder und kräftiger, als wir es im Jahre 1914 gewesen sind, als der Krieg begonnen hat. *(Lebhafter Beifall links.)*

Wenn Sie jetzt sagen: Es ist ein Fatum, die österreichische Wirtschaft muß von Katastrophe zu Katastrophe taumeln, so ist das nicht richtig. Aber Verantwortungsbewußtsein muß ein Wirtschaftsführer haben. Er darf nicht glauben, daß sein Reichthum das Ziel der Wirtschaft ist, er muß erfüllt sein von dem Bewußtsein, daß Wirtschaftsführer sein heißt: dreifach verantwortlich sein für jeden Spargroschen, den ein armer Teufel in eine Sparkasse einlegt. Wenn Sie diese Seelenanierung durchgeführt hätten, dann wäre sie besser als die, die Sie durchgeführt haben. *(Lebhafter Beifall links.)*

Wir haben Ihnen einen Antrag unterbreitet, einen letzten Appell. Wir schlagen Ihnen in letzter Stunde vor, den Weg der Umkehr nicht ganz zu verschütten. Wir legen Ihnen einen Minderheitsantrag vor, daß Sie wenigstens in dieser ersten Stunde nicht den Mühlen ein neuerliches Geschenk machen sollen. Wir hoffen, daß Sie doch noch einmal Ihr Gewissen erforschen werden. Es gibt ja unter Ihnen auch Menschen, die selber Kinder haben, die selber sorgende Väter sind, die Mütter haben Sie ja leider nur in sehr bescheidener Zahl in Ihre Reihen aufgenommen. Aber wir müssen an diese Väter appellieren: Haben Sie doch auch Gefühl für die Kinder der andern! Es ist gewiß schön, wenn man ein guter Vater seiner eigenen Kinder ist, aber es ist eine viel größere Tat, eine viel schönere soziale Aufgabe, allen Kindern Vater zu sein. Wie können Sie mit ruhigem Gewissen am Sonntag in die Kirche gehen und dort Ihrem christlichen Glauben dienen, wenn Sie die

ganze Woche über diesen Grundsatz der Nächstenliebe nicht nur entgegenhandeln, sondern ihn einfach verleugnet haben? Wir haben die Pflicht, der Masse zu sagen, was ist, und wir werden ihr das sagen. Vermögenssteuer keine, Herabsetzung und Einziehung der Riesenpensionen bei den Schuldigen der Credit-Anstalt — nein. Aber Brotteuerung, das ja! Meine Herren! Sie werden sich da nicht wundern dürfen, wenn man Sie einmal zur Rechenschaft zieht, und wenn man einmal vor Sie diese Frage hinstellt: Was werdet Ihr tun? Auch schon christliche Vereinigungen fragen Sie das heute. Es hat die christliche Mietervereinigung vor wenigen Tagen einen Beschluß gefaßt, die Mietzinserhöhung am 1. August darf nicht in Kraft treten. Wir hoffen, Sie werden auf diese Vereinigung hören und den Hausherren begreiflich machen, daß man in diesen Zeiten nicht das Recht hat, eine Mietzinserhöhung zu verlangen. Sie werden die Probe ihres sozialen und christlichen Gewissens ablegen müssen, und wir erwarten von Ihnen, daß Sie noch einmal prüfen, bevor Sie abstimmen. Denn hier sprechen wir im Namen all der Armen und Elenden, all der Menschen, die Hunger und Not leiden. Wir sprechen hier im Namen der Masse des Volkes, die Sie nicht in eine bessere Zukunft führen, sondern die Sie immer tiefer hineinführen in wirtschaftliche Not und wirtschaftliches Elend. Wir erwarten, daß Sie in letzter Stunde Umkehr und Umkehr halten und daß Sie dann zur Überzeugung kommen, man kann keiner Klasse der Bevölkerung helfen, wenn man die große Masse des Volkes in Elend und Not zugrunde gehen läßt. *(Lebhafter Beifall links.)*

**Präsident:** Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, komme ich auf die Zwischenfälle während der Rede des Abg. Abram zurück. Es war mir infolge des Lärms nicht einmal möglich, dem Redner genau zu folgen, geschweige denn allen Zwischenrufen. Ich habe mir inzwischen das stenographische Protokoll geben lassen und entnehme daraus, daß der Herr Abg. Abram gegenüber den Beamten des Ackerbauministeriums nebst anderen kränkenden, wenn auch nicht beleidigenden Worten den Ausdruck „Sippchaft“ gebraucht hat.

Ich muß ihn wegen dieser Bezeichnung zur Ordnung rufen.

Außerdem stelle ich fest, daß eine lange Reihe von beleidigenden Ausdrücken auf beiden Seiten des Hauses gefallen sind. Soviel ich dem Protokoll entnehme, richten sie sich nicht gegen einzelne Personen, sondern gegen Parteien. Ich beklage diese Ausdrücke und richte an alle Mitglieder des Hauses die Bitte, die parlamentarische Würde zu wahren. *(Zwischenrufe rechts.)*

**Müller:** Hohes Haus! Die Vertreter der christlichsozialen Partei, soweit sie christlichsoziale Bauern-



vertreter sind, hätten wahrlich beim heutigen Beratungsgegenstand keinen Anlaß gehabt, ihren Unwillen so zum Ausdruck zu bringen, wie das geschehen ist. Denn die Herren, die sich berufen fühlen und das auch immer laut verkünden, daß sie einzig und allein berechtigt sind, die Interessen der Bauernschaft zu vertreten, hätten angesichts der ununterbrochenen Kette von schweren Fehlern in der ganzen Wirtschaftspolitik, die sie seit zehn Jahren machen, alle Ursache gehabt, ein bißchen stiller zu sein und sich zu sagen: Wenn man so böse und schlimme Erfahrungen bei einer zehnjährigen Wirtschaftspolitik hinter sich hat, soll man nicht gar so überlaut sein.

Sie machen die Fehler, die wir Ihnen immer wieder an der Hand Ihrer eigenen Erlebnisse und Erfahrungen vorgehalten haben, unausgesetzt weiter. Wir haben Ihnen wiederholt vorgeschlagen, nicht über die Frage zu streiten, ob es der Landwirtschaft schlecht geht, denn darüber ist sich ja das gesamte Haus einig, sondern über die Frage, wie man ihr wirklich helfen könnte. Und wir haben infolge unserer Bemühungen seit dem Jahre 1924 schon im Vorjahr den Erfolg zu verzeichnen gehabt, daß die Mehrheit dieses Hauses beschlossen hat, an Stelle all der verfehlten Maßnahmen, die Sie die ganzen Jahre her in Ihrer Getreidezollpolitik getätigt haben, nun endlich das Getreidehandelsmonopol von der Regierung zu verlangen. Sie haben uns im Jahre 1924 als Menschen hingestellt, die von der Sache nichts verstehen. In den Jahren 1925 und 1926 haben Sie uns im Zollauschuß verhöhnt und verspottet. Im Jahre 1928 wurden die ersten Ergebnisse unserer Aufklärungs- und Belehrungstätigkeit sichtbar, und im Jahre 1930 hat die Mehrheit dieses Hauses bereits einen solchen Beschluß gefaßt. Aber trotzdem, trotz dieser ganz sichtbaren Wandlung in der Erkenntnis der Notwendigkeiten einer wirklich brauchbaren Hilfe für die Landwirtschaft machen Sie dieselben Fehler weiter, die Sie all die Jahre hindurch begangen haben, machen die Zollpolitik, die den weitaus größten Teil der Arbeitsbauernschaft in furchtbares Elend, in größte Verschuldung geführt hat und die auf der anderen Seite den Arbeitslosen, den Armsten der Armen, die kein Einkommen oder — wie wir heute wieder gehört haben — ein so traurig kleines Einkommen haben, auch noch die Möglichkeit des Brot- und Mehlskonsums nimmt, indem sie ihnen die unentbehrlichsten Lebensmittel verteuert, was aber nicht den Bauern zugute kommt und der notleidenden Landwirtschaft keine Hilfe bietet. Das ist Irrsinn, das, was da getrieben wird, ist Wahnsinn! Die ohnehin ganz geringe Konsumfähigkeit der breiten Massen, auf die die Landwirtschaft mit ihrer Existenz angewiesen ist, noch zu verschlechtern, ohne dabei auf der anderen Seite irgendeine nennenswerte Besserung für die Landwirtschaft, nämlich für die

Massen der Bauern, herbeizuführen! Was Sie bisher gemacht haben und was Sie jetzt wieder mit Ihrer Zollpolitik tun, ist nachgewiesenermaßen ausschließlich Politik im Interesse der Großgrundbesitzer, im Interesse der Großen draußen auf dem Lande. Die Kleinen, ob es jetzt ein Halbjochbauer oder ein Dreißigjochbauer oder — wie das heute schon in den Gegenden Niederösterreichs leider der Fall ist — ob es ein Fünfzig- oder Sechzigjochbauer ist, diese Kleinen geben Sie alle preis, für die haben Sie kein Herz und kein Verständnis, und Sie sind nicht bereit, den Interessen dieser breiten Massen der Arbeitsbauern Rechnung zu tragen. Ja, wie oft soll man Ihnen denn sagen, daß die ganze Struktur unserer landwirtschaftlichen Verhältnisse zwingend dafür spricht, daß diese Zollpolitik versagen muß. 16 Prozent des ganzen Grundes, der Ackeranbau trägt, ist auf zirka 440.000 Bauern verteilt, und 84 Prozent desselben Bodens haben 58.000 Großbesitzer, große landwirtschaftliche Betriebsinhaber inne. Bei diesen Zahlenverhältnissen, bei diesen Besiedlungsverteilungszuständen ist es ja gar nicht möglich, daß der arme Bauer von dem blutig verdienten Groschen, den der Arme in der Stadt mehr zahlen muß, etwas bekommen kann. Das ist die Erfahrung der ganzen Zollpolitik in den letzten zehn Jahren, das sind die traurigen Ergebnisse einer Politik, die schließlich und endlich dazu führen mußte, daß die Massen der Bauern auf dem Lande nichts haben und die Städter, die Industriearbeiter, die Menschen in den großen Zentren nichts mehr kaufen können. Ja, das ist wirklich eine Politik des Selbstmordes!

Das heißt man bewußte Vernichtung der gegenseitig auf sich angewiesenen Notwendigkeiten. Was haben Sie denn für ernste Argumente, um unsere Vorschläge bezüglich der Schaffung eines Getreidehandelsmonopols wirksam zu schlagen? Gar keine! Der Hinweis auf den bürokratischen Apparat, der da immer von Ihnen ins Treffen geführt wird, ist doch kein stichhaltiger Hinweis! Wir haben heute schon gehört, daß Sie da ganz andere Dinge machen wollen, die gar keinen Vergleich aushalten hinsichtlich der bürokratischen Vergrößerung gegenüber dem, was da an irgendeinem Apparat notwendig ist. Was soll denn geschehen bei einem Monopol, wenn die Produzenten und Konsumenten gemeinsam mit dem Staat, mit der Regierung dieses Staates endlich einmal darangehen, den Preis für das Getreide selbst festzusetzen? Was haben denn die ganzen Zollgesetzbeschlüsse gebracht? Was haben denn die durchgeführten Erhöhungen in den Handelsverträgen usw. gebracht? Nichts als auf der einen Seite eine Verteuerung dieser notwendigen Artikel und daher einen Konsumrückgang, auf der anderen Seite keine Hilfe für die breiten Massen der Landwirtschaft. Was haben denn die ganzen Zoll-



erhöhungen und die ganze Zollpolitik weiter bewirkt? Daß durch die Verteuerung oder zum mindesten durch den nicht erfolgten Rückgang der Brot- und Mehlpreise auf der einen Seite gegenüber dem gesunkenen Getreidepreis auf der anderen Seite natürlich auch der Konsum aller anderen Artikel zurückgegangen ist. Ja, wenn Sie ununterbrochen über die Schwierigkeiten im Absatz der Eier, über den Rückgang des Konsums von Milch, von Fleisch aller Gattungen, wenn Sie insbesondere auch über den Rückgang des Konsums an Wein klagen, dann ist vor allem anderen die Ursache die, daß Sie Brot und Mehl verteuert haben und daß Sie den Ertrag dieser Verteuerungen nicht den Massen der Produzenten, sondern einer Handvoll von Großgrundbesitzern zuteil haben werden lassen, abgesehen von den Interessen, die der Finanzminister bei allen diesen Dingen hat. Man kann ja Verständnis dafür haben, daß der Finanzminister in der heutigen Zeit den Staatshaushalt sanieren, sein Budget aktiv gestalten will. Aber muß das ausgerechnet auf Kosten der breiten Massen, der Nichtbesitzenden, der Arbeitslosen, der kleinen Menschen in der Stadt geschehen? Muß das ausgerechnet so gemacht werden, daß eine Handvoll von 58.000 von 500.000 Besitzern ein Geschäft dabei macht? Denn von einem Zollzuschlag und von all den Abgaben und wie Sie sonst die Dinge heißen, werden die anderen 440.000 Bauern nichts haben. Und die Arbeitslosen, die ganz Kleinen, die Ärmsten der Armen werden weiter zahlen. Ja, mit einer derartigen Politik muß die arbeitende Menschheit in Stadt und Land zugrunde gerichtet werden, mit einer derartigen Politik können Sie nur erreichen, daß so, wie wir das jetzt wieder erlebt haben, durch einen ganz schabigen Verrat christlichsozialer Bezirkskammerratmandatare der Grund und Boden der Bauern in die Hände ausländischer Großgrundbesitzer gespielt wird. *(Lebhaftes Zustimmung links.)*

Ich werde es Ihnen nicht ersparen, hier heute diese Schweinerei zu erzählen. Das muß man ganz öffentlich sagen, was hier wieder geschehen ist an Preisgabe der Interessen der bodenhungrigen, bodenbedürftigen Bauern des Bezirkes Mägen. Da ist der Graf Rinsky, wie er sich nennt, im Mägener Bezirk als Schlossherr, besitzt Weinfellereien, einige tausend Hektar besten Bodens, und der Mann hat nun endlich das Bedürfnis, seinen Besitz, den er nie selbst bewirtschaftet hat, der immer von Pächtern und Fremden bearbeitet wurde, zu verkaufen. Was ist naheliegender, als daß die Bauern des dortigen Bezirkes, die alle zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel haben — der Besitz der Bauern ist dort im Durchschnitt 10 Joch —, natürlich das Bedürfnis haben, diesen freiverwendenden Boden anzukaufen, und die Gemeinden, besonders die Gemeinde Mägen und alle anderen Gemeinden, die

dort liegen, haben das Bedürfnis, das Schloß zu bekommen, um daraus ein Erholungsheim für kranke arbeitende Menschen zu machen, sie haben das Bedürfnis, den Wald zu bekommen, um daraus Gemeinde- und Genossenschaftswald zu bekommen, sie haben das Bedürfnis, über die Jagd zu verfügen, um daraus Einnahmen zu erzielen und die zusammengebrochene Gemeindevirtschaft wieder aufzurichten, die Gemeinden haben dort ein Interesse daran, die großen Kellereien dieses Großgrundbesitzers der Kellereiwirtschaft der Weinproduzenten des ganzen Bezirkes dienstbar zu machen — kurz: Bauern- und Gemeindevertretungen ohne Unterschied der Parteirichtung haben sich entschlossen, durch schriftliche Zeichnungen die ganzen Güter samt den Gebäuden und Schlössern des Rinsky zu kaufen. Nach einiger Zeit ist Graf Rinsky krank geworden, die Verhandlungen haben gestockt. Die christlichsozialen Gemeindegemeindeführer dieser Orte kommen nun zur Bauernkammer des Bezirkes Mägen und flehen dort um Hilfe, die Bauernkammer möge diese Verhandlungen fördern, man möge nach München zu dem Herrn Rinsky mitfahren und dort schauen, daß die Verhandlungen vorwärts gehen. Und was macht die Bauernkammer? Sie vereinbart mit dem Bürgermeister der Gemeinde Mägen, der kein Sozialdemokrat ist, sie vereinbart mit dem Bürgermeister von Prottes, der ein Christlichsozialer ist, daß sie gemeinsam nach München fahren werden, um dort die Verhandlungen zu betreiben, sie vereinbaren den Abfahrtsstermin, sie vereinbaren eine vorherige Zusammenkunft und sie nehmen die Zeichnungslisten, die Kreditbriefe mit, die sie sich für die Gemeinden und die Bauern gesichert haben, um den Grund und Boden kaufen zu können. Der Sekretär der Bezirksbauernkammer Mägen fährt zum Herrn Landtagsabgeordneten Scharnitzer, zum Obmann der Bauernkammer, und erhält nun dort, wie es allgemein heißt, den Auftrag, er solle mit dem Herrn Scharnitzer allein nach München fahren, die Bauernkammer wird allein die Verhandlungen führen. Und so ist es auch geschehen; die Gemeindevertreter und die Bauern selbst durften an diesen Verhandlungen nicht teilnehmen. Und nun ist in München der Verrat von den Funktionären der Bauernkammer vollzogen worden. Sie haben dem Rinsky angeboten, daß die Bauernkammer diese ganzen Güter kaufen wird, und sie werden ihm einen Garanten bringen, der ihm für das ganze Gut auf einmal das Geld auszahlen kann — es handelt sich um eine Summe von 1.800.000 S. Und siehe da, auf einmal erscheint als Garant, als der Käufer, als der neue Grund- und Schlossherr der Herr Löw, der Großgrundbesitzer aus der Tschechoslowakei. *(Rufe links: Hört! Hört!)* Und nun kommen die ganzen christlichsozialen Mandatare vom Herrn Landeshaupmann von Niederösterreich angefangen bis hinunter zum letzten christlichsozialen Bauern-



kammerrat und erklären in allen Beratungen und Versammlungen: Ja, das war nicht anders zu machen, der Herr Rinsky braucht am 1. Juli diese 1.800.000 S., und da mußte dieses Geld sichergestellt werden, und das konnte nur der Löw, der Herr Großgrundbesitzer aus der Tschechoslowakei!

Ich lade Sie einmal ein, die Stimmung unter der dortigen Bauernschaft kennenzulernen. Die Leute haben in unsere Versammlung gefunden, einige hundert Bauern, die unsere politischen Gegner sind, und haben uns dort bestärkt, wir sollen diese Grundtransaktion unter allen Umständen verhindern. Uns hat man von der Teilnahme an den Bezirksgrundverkehrskommissionen und an der Landesgrundverkehrskommission ausgeschlossen, dort sind die Herren Christlichsozialen ganz allein unter sich. In der Bezirksgrundverkehrskommission haben sie bereits beschlossen, diesem Verrat an den Interessen der Bauern, dieser Grundtransaktion zugunsten des Herrn Löw zuzustimmen. *(Rufe links: Hört! Hört!)* Wir sind überzeugt davon, daß auch in der Landesgrundverkehrskommission dieselbe Geschichte gemacht werden wird. So erleben wir es alle Tage. Hier im Parlament verraten Sie seit zehn Jahren bewußt die Interessen der großen Massen draußen auf dem Lande, indem Sie eine Hochschutzzollpolitik machen, die ausschließlich ein paar Großgrundbesitzern zugute kommt, und gleichzeitig verteuern Sie den Armsten der Armen in der Stadt Brot und Mehl, die notwendigsten Lebensmittel, und tun nichts, um diese furchtbare Arbeitslosigkeit ernsthaft zu bekämpfen, damit der Konsum wieder gesteigert werden könnte, und zu guter Letzt nehmen Sie bei solchen Gelegenheiten, wo die Bauern auf billige und erträgliche Art zu mehr Grund kommen könnten, wo sie sich ihre Existenz verbessern könnten, wo ein bißchen Aufstieg möglich wäre, ihnen auch noch das bißchen Grund und Boden weg, weil auch diese tschechischen Großgrundbesitzer Ihre Wähler sind, weil Sie ihre Interessen zu vertreten haben, weil Sie sichs mit dem Löw nicht verderben wollen, weil er Ihnen sonst das nächste Mal für Ihren Wahlfonds nichts geben könnte. Das ist die Interessenverknüpfung, so sind die Interessen versaut — das muß man ganz deutlich sagen. Ich würde nur wünschen, daß noch in der letzten Stunde wenigstens dieses furchtbare Attentat auf die Interessen eines so großen Bezirkes der Bauern im Bezirke Mähren rückgängig gemacht würde, die Landesgrundverkehrskommission braucht diesen Verkaufsabschluß nur abzulehnen, und die Bauern sind gerettet.

Meine verehrten Herren von der Mehrheit, besinnen Sie sich doch endlich einmal und machen Sie das, was wir Ihnen in der besten Absicht vorgeschlagen haben! Sie werden mit dem Getreidehandelsmonopol das erreichen, was Sie, wie Sie den Bauern immer erzählen, mit den Zöllen erreichen wollen, Sie

werden einen stabilisierten Preis erreichen. Glauben Sie, daß der Bauer nicht allmählich begreift, daß es für ihn ein großer Vorteil wäre, wenn er ein Jahr vor dem Anbau wüßte, was er beiläufig für sein anzubauendes Körndel bekommt, wenn er wüßte, daß er einen bestimmten gesicherten Abnehmer hat? Preis und Sicherung des Absatzes sind die zwei wichtigsten Forderungen der Bauernschaft für die Regelung der Getreidepreise, die Getreideproduktion wäre mit einem Schlage geregelt und — was das Wesentliche ist — die Konsumenten hätten verhältnismäßig geringere Opfer an Preisen zu bringen, als es gegenwärtig der Fall ist oder insbesondere bei Durchführung Ihrer Absicht, durch die bevorstehende Zollpolitik die Preise noch in die Höhe zu treiben, der Fall wäre. Warum wollen Sie das nicht machen? Ich kann mich auch nach allen möglichen Argumenten, die Sie vorzubringen wissen, fragen: Der Bureaukratismus und die ungeheuren Geldkosten, die damit verbunden sind, sind nicht die Argumente, die Sie ernsthaft daran hindern könnten. Nach meiner Überzeugung ist es wieder die Versippung mit dem großen Handelskapital, das seine Hand hier im Spiele hat. Wir haben es im vorigen Jahr, als das Parlament mit Mehrheit den Beschluß faßte, die Regierung aufzufordern, ein Getreidehandelsmonopol zu schaffen, erlebt, daß ein paar Tage nachher die „Reichspost“ von diesem Beschlusse abgerückt ist, die „Reichspost“ ganz offenkundig die großen Händlerinteressen, die Interessen des händlerischen Börsenkapitals vertreten hat. Die Artikel sind sehr sorgfältig in der Mappe der Organisation der kleinen Bauern aufbewahrt und werden den Bauern draußen bei jedem Anlasse vorgeführt, um ihnen zu zeigen, wie sie ganz planmäßig mit dieser Denkweise vergiftet werden.

Wir würden nur wünschen, daß jetzt endlich Einkehr gehalten wird, daß Sie jetzt endlich begreifen, daß Sie mit der Politik der letzten zehn Jahre, mit der Politik der Verelendung und Verarmung, aber der Bereicherung von ein paar großen Schiebern Schluß machen und eine wirkliche Volkspolitik machen müssen, eine Politik, die den breiten Massen der arbeitenden und arbeitslosen Menschen in den Städten eine entsprechende Konsumfähigkeit ermöglicht. Wenn Sie in dem Geiste arbeiten, dann werden Sie es nicht notwendig haben, wie Rattern hier aufzufahren, wenn hier ehrliche, wahrheitsgetreue Kritik geübt wird, sondern dann werden Sie diese Kritik auch viel leichter ertragen. *(Lebhafter Beifall links.)*

Damit ist die Aussprache beendet und es wird zur Abstimmung geschritten, und zwar zunächst über das Bundesgesetz, betr. die Übergangsabgabe für Weizen, Roggen, Weizengrieß, Weizenmehl und Roggenmehl.



Als Grundlage der Abstimmung dient die vom Berichterstatter verlesene Fassung des Gesetzes (Seite 1030 und 1031).

§ 1 wird unter Ablehnung des Minderheitsantrages Freundlich (Seite 1031) in der vom Berichterstatter vorgetragenen Fassung angenommen.

Die §§ 2 bis 7 sowie Titel und Eingang des Gesetzes werden in gemeinsamer Abstimmung in der vom Berichterstatter verlesenen Fassung angenommen.

Das Gesetz wird hierauf in dritter Lesung angenommen.

Der Resolutionsantrag Abram (Seite 1035) wird in über Antrag Sever namentlich durchgeführter Abstimmung mit 81 gegen 64 Stimmen abgelehnt.

Für den Antrag, mit „Ja“, stimmten die Abg.: Abram, Allina, Amlacher, Bauer Alois, Bauer Otto, Baumgärtel, Böhm, Boschek, Brachmann, Danneberg, Deutsch, Duda, Ebner Anton, Ellenbogen, Falle, Floßmann, Forstner, Freundlich, Frühwirth, Gabriel, Glöckel, Hareter, Hartmann, Hautmann, Heinz, Hölzl, Horvatek, Janacek, Janicki, Jiricek, Klimberger, König, Koref, Köstler, Leuthner, Mochhammer, Muchitsch, Müller, Müllner, Pazelt, Pick, Plasser, Pölzer, Probst, Proft, Rieger, Rösch, Saffik, Scheibin, Schlesinger, Schneeberger, Seidel, Amalie, Seidel Richard, Seitz, Sever, Stein, Stika, Tomischik, Tusch, Wallisch, Weiser, Wendl, Witternigg, Witzany;

gegen den Antrag, mit „Nein“, stimmten die Abg.: Aigner, Auringer, Binder, Blöchl, Brinnich, Buresch, Dewath, Doppler, Drexel, Dufcher, Eichinger,

Ellend, Ertl, Födermayr, Foppa, Gangl, Geyer, Gierlinger, Graf, Grischacher, Gürtler, Hainzl, Hampel, Hasenauer, Haueis, Heisl, Heizinger, Hollersbacher, Hryntschak, Hueber, Kapral, Kern, Kienböck, Klug, Kneußl, Knosp, Kolb, Kollmann, Kraus, Kunschak, Lengauer, Leskobar, Lichtenegger, Manhalter, Mayrhofer, Neustädter-Stürmer, Delzelt, Paulitsch, Peter, Raab, Ramek, Raser, Roth, Schmidt, Schmitz, Schneider, Schuschnigg, Seidl Georg, Seipel, Spalowsky, Stögner, Straßner, Streeruwitz, Striebnig, Sylvester, Tauschitz, Teustl, Thoma, Vaugoin, Vinzl, Wagner Josef, Waiss, Weidenhoffer, Weidenholzer, Weigl, Werner, Wiesmaier, Winkauer, Wollek, Zarboch, Zingl.

Es gelangt nun der Ausschußantrag zu B. 160 (Seite 1031) zur Abstimmung. Dieser Antrag wird angenommen.

In fortgesetzter Abstimmung wird sodann der Ausschußantrag zu B. 161 (Seite 1031) angenommen.

Die Tagesordnung ist erledigt.

An Stelle Scheibin als Ersatzmann des Finanz- und Budgetausschusses wird Pazelt gewählt.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 7. Juli, 3 Uhr nachm. Tagesordnung:

Bericht des Ausschusses für Erziehung und Unterricht über die Regierungsvorlage (B. 128): Bundesgesetz, betr. die Auflassung der Fachhochschule für Musik und darstellende Kunst (B. 154).

Ergänzung vorbehalten.

Schluß der Sitzung: 7 Uhr abends.